Binnenmarktbelebung und Welthandel

Ein Beitrag zur Untersuchung der Wirkung binnenwirtschaftlicher Belebungsmaßnahmen auf den internationalen Konjunkturzusammenhang und die Wechselwirkung zwischen Konjunkturlage und Außenhandelstätigkeit

---

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin

von

Heinz Pentzlin
Dipl. rer. pol. aus Schwetz a. d. W.

Tag der Promotion: 28. April 1937
Tag der mündlichen Prüfung: 13. Februar 1936

Spezialbetrieb für Dissertationsdruck von Robert Noske in Borna-Leipzig
1937

967

Referenten: Dr. Bosenick
Professor Dr. v. Dietze

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Erscheint gleichzeitig unter dem Titel „Binnenmarktbelebung und Welthandel. Ein Beitrag zur Untersuchung der Wirkung binnenwirtschaftlicher Belebungsmaßnahmen auf den internationalen Konjunkturzusammenhang und die Wechselwirkung zwischen Konjunkturlage und Außenhandelstätigkeit“
im Verlag Robert Noske, Borna Bezirk Leipzig

Vorwort

Angesichts der außerordentlichen Schwere der Weltwirtschaftskrise und der weitgreifenden Wandlungen der wirtschaftspolitischen Methoden zur Regulierung der innerstaatlichen wie des internationalen Wirtschaftsverkehrs in den letzten Jahren ist die nationalökonomische Theorie vor eine Reihe neuer Probleme gestellt. In der vorliegenden Arbeit sollte der Versuch gemacht werden, aus der Vielheit der aktuellen Probleme eine bestimmte Einzelfrage herauszusondern, — nämlich die Frage nach den Wirkungen binnenwirtschaftlicher Belebungsmaßnahmen auf den internationalen Konjunkturzusammenhang und die Wechselwirkung zwischen Konjunkturlage und Außenhandelstätigkeit.

Die Untersuchung konnte jedoch nicht immer streng auf diese Fragestellung beschränkt bleiben, da die hiermit aufgeworfenen Fragen zu eng mit weiter reichenden Problemkomplexen verknüpft sind. Diese Ausdehnung der Untersuchung auf die weiterreichenden Zusammenhänge konnte nur auf Kosten der Geschlossenheit und Exaktheit der Arbeit durchgeführt werden, da eine eingehende Untersuchung aller Einzelfragen unmöglich ist. Es konnten daher in der Arbeit nur die wesentlichsten Gesichtspunkte hervorgehoben werden, ohne daß auf die tieferliegenden Probleme näher eingegangen wurde. Es wurde deshalb nur versucht, die verschiedenen Tendenzen und ihre Wirkungsweise aufzuzeigen, so daß in der Hauptsache nur ein Überblick über die verschiedenen Entwicklungsmöglichkeiten gegeben wurde, welche die gegebene Situation in sich birgt.

Von einer Erörterung aller grundlegenden methodologischen und sämtlicher terminologischen Fragen mußte abgesehen werden, da sonst die Untersuchung unnötig mit Nebenfragen belastet worden wäre. Dafür mußten allerdings eine Reihe von Unklarheiten in Kauf genommen werden, wie sie mit verschiedenen in der Arbeit angewandten Begriffen verbunden sind. Die statistischen Unterlagen sind in der Regel nur als

Symptome oder Beispiele herangezogen worden. Es wurde absichtlich vermieden, das verwandte statistische Material unter irgendwelchen Umrechnungen zu „verbessern“ oder auf Einzelheiten (z. B. die Verwendung von Goldwertziffern als Mengenindizes u. a. m.) näher einzugehen. Denn hierdurch wären umfangreiche Sonderuntersuchungen notwendig geworden, ohne daß dadurch etwas Wesentliches zur Klärung des Sachverhalts zu erreichen gewesen wäre.

Die Arbeit wurde im Dezember 1934 abgeschlossen.

Inhalt

Einleitung Seite

Konjunkturzyklus und zwischenstaatliche Wirtschaftsbeziehungen 1

Der Zusammenhang zwischen Konjunkturablauf und Außenhandelstätigkeit. Die wechselseitige Abhängigkeit der Konjunkturzyklen der einzelnen Länder 1
Tendenz zur Vereinheitlichung der Konjunkturzyklen 2
Strukturelle Änderungen des Konjunkturablaufs seit der Weltkrise des Jahres 1929? 4
Problemstellung 6

Erstes Kapitel

Die Veränderungen der Wirtschaftslage seit der Weltwirtschaftskrise

1. Die Besonderheiten der Weltwirtschaftskrise 8
   a) Strukturelle oder konjunkturelle Krise? 8
   b) Das Fortwirken der konjunkturellen Faktoren und die strukturellen Veränderungen 9
2. Konjunkturelle Entwicklung und Welthandel seit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 11
   a) Schwierigkeiten einer statistischen Analyse 11
   b) Der Zusammenhang zwischen Konjunkturablauf und Welthandel . 12
3. Außenhandelstätigkeit und Binnenmarktlage in einzelnen Ländern . . 14
   a) Verlagerungen im Welthandel und in der Weltproduktion 14
   b) Unterschiedlicher Konjunkturverlauf 17
4. Die Lockerungen des internationalen Konjunkturzusammenhanges . . 22
   a) Vergleich der Konjunkturlage in den einzelnen Ländern 22
   b) Der Zusammenbruch des internationalen Kreditsystems 24
   c) Unterschiedliche Preisentwicklung als Folge der Währungsmanipulationen 25
   d) Mengenmäßige Einfuhrregulierungen und ihre Folgen 31
   e) Wiederangleichung des Preisstandes oder Fortdauer der Preisdifferenzen? 34

Zweites Kapitel

Die staatlichen Maßnahmen zur Krisenüberwindung und ihre Wirkung auf den Außenhandel

1. Konjunkturablauf und staatliche Beeinflussung des Wirtschaftslebens 40
   a) Die konjunkturpolitischen Maßnahmen im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftspolitik 40
   b) Krisenabwehrmaßnahmen und ihre Wirkung auf den Außenhandel 42
   c) Die Wirkung binnenwirtschaftlicher Ankurbelungsmaßnahmen auf den zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehr 46
2. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und ihre Wirkungen auf die Preisentwicklung 48
   a) Die quantitative Bedeutung der Ankurbelungsaktionen 48
   b) Die Preissteigerungstendenzen 50
   c) Die sekundären Auswirkungen der Kreditexpansion 53

Schluß

Das Ergebnis der Untersuchung 57

Literaturverzeichnis 59

Einleitung

Konjunkturzyklus und zwischenstaatliche Wirtschaftsbeziehungen

Als eines der deutlichsten Symptome für den Konjunkturablauf galt bisher das Ansteigen oder Absinken der Außenhandelsumsätze. Überall, wo seit der Ausbildung der modernen Markt- und Kreditwirtschaft die wirtschaftliche Entwicklung in konjunkturellen Zyklen [1]) verlief, zeigte sich ein enger Zusammenhang zwischen der Außenhandelstätigkeit und den übrigen Konjunktursymptomen. Dagegen war der Konjunkturverlauf innerhalb der einzelnen Länder während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts verhältnismäßig wenig von der Konjunkturlage anderer Länder beeinflußt. Erst mit dem Ausbau und der Verfestigung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, die sich infolge der Expansion des kapitalistischen Wirtschaftssystems über immer größere Räume erstreckten, zeigen sich stärkere wechselseitige Beziehungen zwischen den Konjunkturschwankungen der verschiedenen Länder.

Die großen Finanzkrisen sind zwar stets international gewesen [2]), sowohl die Vereinigten Staaten wie England werden von den Krisen

---

[1]) Der Begriff Zyklus wird hier im Sinne von Wessley C. Mitchell (Der Konjunkturzyklus, Leipzig 1932) gebraucht und soll nur die gleichförmige Wiederkehr der Wechsellage zum Ausdruck bringen, ohne irgendwie gleiche Stärke der Amplituden oder gleiche Dauer einzelnen Konjunkturwellen zu unterstellen.

[2]) Die ersten großen Börsenkrisen, die im Jahre 1720 zuerst in Paris mit der Aufdeckung des Mississippi-Schwindels, dann in London mit dem Zusammenbruch der Südsee-Gesellschaft und bald darauf auch in Hamburg eintraten, können nicht hierzu gerechnet werden. Denn das zeitliche Zusammentreffen der Krisen, oder genauer ihre Aufeinanderfolge, war nicht durch irgendwelche wirtschaftliche Beziehung zwischen den einzelnen Börsenplätzen verursacht, — wenn auch insofern internationale Einflüsse wirksam gewesen sein mögen, als gegen Ende des Jahres 1719 und zu Beginn des Jahres 1720 ausländische Bankiers, vor allem Genueser, zur Gewinnsicherung ihren Besitz an französischen Kolonialpapieren an der Pariser Börse abgestoßen und dadurch zur Verknappung des Edelmetalls in Frankreich beigetragen haben. Arthur Spiethoff (Krisen, HWStaatsW. Bd. 6, Jena 1925) stellt fest, daß „die Krise in Paris keinen Einfluß auf die Kurse in London übte und die Londoner Verhältnisse Amsterdam und Hamburg nahezu unberührt ließen". Den Grund hierfür sieht Spiethoff in dem Fehlen stärkerer einzelwirtschaftlicher Kreditverflechtungen zwischen den Börsenplätzen.

der Jahre 1815, 1825 und 1837 betroffen, und die Krise von 1847 wirkt sich in England, den Vereinigten Staaten und Frankreich aus. Aber hiervon abgesehen war in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts der Zusammenhang zwischen den Konjunkturzyklen der einzelnen Staaten zunächst noch gering. Aufschwung und Stockung setzten sich in den einzelnen Ländern in verschieden starkem Ausmaß durch und zeigten auch in der Zeitdauer starke Unterschiede [3]). Erst seit der Krise des Jahres 1857, die als die erste große „Weltkrise" anzusprechen ist, zeigt sich eine zunehmende Verbundenheit der Konjunkturzyklen der verschiedenen Länder. Die gegenseitige Beeinflussung wird immer stärker. Dabei sind die Beziehungen zwischen den Konjunkturanlagen der Länder im einzelnen verschiedener Art.

Während in zahlreichen Fällen gleichgerichtete Bewegungen gleichzeitig, oder doch nahezu gleichzeitig, eintreten, setzt in anderen Fällen die Bewegung zunächst nur in einem einzelnen Lande ein und greift dann erst auf andere Gebiete über. Oft verlaufen auch die Bewegungen in einem direkten Gegensatz [4]). Dabei tritt im Verlauf der Zeit jedoch immer deutlicher eine Tendenz zur Angleichung und Vereinheitlichung der Konjunkturzyklen der verschiedenen Länder — zumindestens der modernen Industrieländer — hervor. Die Bewegungsverbundenheit geht natürlich nicht so weit, daß eine direkte Parallelität der Konjunkturschwankungen zweier oder mehrerer Länder zu beobachten ist.

Dieser Tendenz zur Vereinheitlichung der Konjunkturzyklen wirken allerdings eine Reihe von Widerständen entgegen. Abgesehen von den Auswirkungen besonderer Ereignisse, die nur bestimmte Gebiete betreffen, weist der Ablauf der Konjunkturzyklen in den einzelnen Ländern entsprechend der Verschiedenheit ihrer Wirtschaftsstruktur stets gewisse Unterschiede auf. Vor allem die Länder, die erst in einem verhältnismäßig geringen Ausmaß in die weltwirtschaftlichen Verflechtungen einbezogen sind, werden von den Konjunkturschwankungen der modernen Industrieländer nur wenig beeinflußt.

Die kapitalistische Wirtschaftsform [5]) hat sich zwar nahezu in allen europäischen und amerikanischen Ländern, in Australien und Japan

[3]) Vgl. die statistischen Angaben bei Mitchell a. a. O. und W. C. Mitchell und Willard L. Thorps, "Business Anuals", National Bureau of Economical Resource, New York 1927.

[4]) Mitchell (S. 442) nennt drei Beziehungstypen zwischen den gleichzeitigen Phasen der Konjunkturzyklen verschiedener Länder: Übereinstimmung, partielle Übereinstimmung und Gegensatz. Ähnlich unterscheidet Wagemann („Struktur und Rhythmus der Weltwirtschaft", Berlin 1931, S. 66): Gleich-, Folge- und Gegenbewegung.

[5]) Unter kapitalistischer Wirtschaft wird hier und im folgenden die moderne, durch weitgehende Arbeitsteilung und ein entwickeltes Geld- und Kreditsystem gekennzeichnete Wirtschaftsform verstanden, etwa entsprechend der „Profitwirtschaft" (Business economy) Mitchells (a. a. O. S. 61), ohne daß damit irgendwie ein Werturteil verknüpft ist.

(wo sie mit der überkommenen traditionellen asiatischen Wirtschaftsweise eine eigenartige Verbindung eingegangen ist), durchgesetzt und sich in den anderen Ländern so weit entfaltet, daß auch dort die wirtschaftliche Entwicklung in zyklischen Konjunkturschwankungen verläuft. Doch die Unterschiede der Wirtschaftsstrukturen sind überall, selbst zwischen den modernen Industriestaaten, so stark, daß die Konjunkturzyklen in den einzelnen Ländern ständig gewisse Abweichungen aufweisen müssen. Die Verschiedenheiten im beruflichen Aufbau der Bevölkerung, im Geld- und Kreditsystem, im Nationalcharakter der Völker, der staatlichen Organisation und viele andere Umstände mehr bedingen, daß der Konjunkturablauf in jedem einzelnen Land sein besonderes Gepräge hat und Faktoren wirksam sind, die der wechselseitigen Beeinflussung und der Tendenz zur Vereinheitlichung der Konjunkturzyklen entgegenwirken.

Wenn so auf Grund der Verschiedenartigkeit der Wirtschaftsstrukturen auch bei Fortschreiten der weltwirtschaftlichen Verflechtungen die Konjunkturzyklen in jedem Lande ihre Besonderheiten aufweisen, bleibt seit der Weltkrise des Jahres 1857 bis zum Beginn des Weltkrieges ein ständig stärker werdender Zusammenhang im Ablauf der Konjunkturzyklen der verschiedenen Volkswirtschaften unverkennbar. Auch nach dem Weltkriege und den Umwandlungen, die durch die machtpolitischen Entscheidungen der alliierten Staaten herbeigeführt wurden, zeigen sich die gleichen wechselseitigen Beziehungen zwischen Konjunkturablauf und Außenhandelstätigkeit in allen Ländern in gleicher Weise wie vordem [6]).

Die wirtschaftlichen Wechsellagen in den verschiedenen Ländern wiesen zwar — nachdem sich fast überall in der Welt unmittelbar nach Beendigung des Kriegszustandes ein Aufschwung und bald darauf ein scharfer Rückschlag eingestellt hatte — wesentliche Verschiedenheiten auf, da infolge der machtpolitischen Entscheidungen die wirtschaftlichen Bedingungen in den verschiedenen Ländern und Wirtschaftsgebieten völlig andersgeartet waren. Aber die wechselseitigen Zusammenhänge waren e h e r e n g e r a l s l o c k e r e r geworden. Die Verarmung in Mittel- und Osteuropa und die einseitigen politischen Schuldverpflichtungen hatten dazu geführt, daß die internationalen Kreditverflechtungen eine außerordentliche Erweiterung erfuhren und infolgedessen die wirtschaftliche Entwicklung in den Schuldnerländern weitgehend von den wirtschaftlichen Wechsellagen in den Gläubigerländern beeinflußt wurde. Von der Leistungsfähigkeit des New Yorker Kapitalmarktes hing es vielfach ab, ob die mittel- und osteuropäischen Industrien die — für einen konjunkturellen Aufschwung entscheiden-

[6]) Allein die Auftriebstendenz, die sich nach der Krise von 1920/21 in den Vereinigten Staaten durchsetzte, als in den übrigen Ländern die Depression noch anhielt, war vielleicht etwas stärker binnenwirtschaftlich bedingt und kam verhältnismäßig wenig in der Außenhandelsbewegung zum Ausdruck.

den — langfristigen Investierungen durchführen und als Käufer auf den Rohstoff- und Agrarmärkten auftreten konnten. Infolge dieser und anderer Umstände setzte sich trotz der starken Unterschiede der wirtschaftlichen Bedingungen in den Gläubiger- und Schuldnerländern allmählich die Tendenz zur Vereinheitlichung der Wirtschaftslage mehr und mehr durch. Die Hochkonjunktur, die seit 1925 in den Vereinigten Staaten herrschte, breitete sich allmählich immer weiter aus und erfaßte in den Jahren 1928 und 1929 — wenn man von einem leichten Rückschlag in Deutschland absieht — alle in die Weltwirtschaft verflochtenen Gebiete. Die Krise, die dann im Herbst 1929 hereinbrach, ergriff — allerdings in verschiedenem Ausmaß — nahezu alle Länder und trug noch ausgeprägter den Charakter einer „Weltkrise" als die Krisen von 1857 und 1873.

Im Verlauf der Krise und mehr noch in der Folgezeit traten jedoch verschiedene Umstände bestimmend in den Vordergrund, die weittragende Veränderungen nach sich gezogen haben. Allgemein verstärkten sich nach dem Ausbruch der Weltkrise die protektionistischen Bestrebungen und fast alle Länder verschärften ihre Einfuhrkontrolle in einem seit Jahrzehnten nicht mehr gekannten Ausmaß. Mit dem ungewöhnlich starken Preissturz, der, beginnend bei den landwirtschaftlichen Massenprodukten, darauf eine große Anzahl industrieller Rohstoffe erfassend, im Laufe des Jahres 1930 auf weitere Gebiete übergriff, wurde die Lage immer kritischer. Im Sommer 1931 kam es schließlich zum Zusammenbruch des internationalen Kreditsystems, der den zwischenstaatlichen Warenverkehr auf das schwerste beeinträchtigen mußte. Die Schuldnerländer sahen sich bei dem überstürzten Abzug der Kredite gezwungen, ihre Einfuhr noch stärker als bisher zu beschränken und die Ausfuhr — zur Erhaltung ihrer Zahlungsfähigkeit — um jeden Preis zu steigern [7]). Der hierdurch ausgelöste, sich ständig steigernde Preiskampf im zwischenstaatlichen Warenaustausch bewirkte gleichzeitig, daß die Gläubigerstaaten ebenfalls zum Schutze ihrer Inlandsproduktion die Einfuhrhemmungen vergrößerten. Gleichzeitig mit diesem allgemeinen Anwachsen der Hindernisse und Einschränkungen des zwischenstaatlichen Warenverkehrs trat das Streben einer ständig zunehmenden Anzahl von Staaten nach wirtschaftlicher Selbstversorgung immer stärker hervor.

Maßnahmen wie Einfuhrkontingentierungen und Devisenbeschränkungen, die bisher nur in Einzelfällen zur Anwendung kamen, gewannen eine immer größere Bedeutung. Allein schon dieses Anwachsen der Außenhandelshemmungen legt den Schluß nahe, daß nunmehr der internationale Konjunkturzusammenhang gelockert sein muß und daß eine wirtschaftliche Belebung in einzelnen Ländern nicht mehr in

---

[7]) Vgl. bes. Erwin, Respondek, „Grundzüge europäischer Handelspolitik zwischen den Weltkonferenzen", Berlin 1933, S. 78/79.

gleicher Weise wie bisher mit einer Steigerung der Außenhandelstätigkeit verbunden sein kann. Außerdem fällt noch ins Gewicht, daß sich während der Krise und der Depression die staatliche Betätigung im Wirtschaftsleben wesentlich ausgedehnt hat und der Einfluß der öffentlichen Wirtschaft auf die Entwicklung der Gesamtwirtschaft bedeutend angewachsen ist. Mit der aktiven Konjunkturpolitik, die jetzt von den Regierungen verschiedener Staaten eingeleitet wird, wird ein Faktor wirksam, bei dem gleichfalls auf eine Lockerung des internationalen Konjunkturzusammenhanges und der Beziehungen zwischen Konjunkturlage und Außenhandelstätigkeit geschlossen wird. Denn die Maßnahmen der einzelnen Staaten können sich auf dem Binnenmarkt ungleich stärker auswirken als in der Außenwirtschaft.

Die konjunkturelle Entwicklung der letzten Jahre weist in der Tat eine Reihe von Erscheinungen auf, die eine solche Annahme stützen. Die Belebung, die ungefähr in der Mitte des Jahres 1932 einsetzt, scheint sich zunächst zwar allen Ländern mitteilen zu wollen [8]). In der Folgezeit zeigen sich jedoch immer stärkere Unterschiede in der wirtschaftlichen Lage der einzelnen Länder [9]).

Im Hinblick auf diese Entwicklung wird vielfach gefolgert, daß mit der Beschränkung der Handelsfreiheit im zwischenstaatlichen Verkehr und der Aufgabe der freien Währungen die Voraussetzungen für einen internationalen Konjunkturausgleich beseitigt sind und die Krisenüberwindung auf Grund dieser Veränderungen nicht mehr wie im Ablauf der früheren Konjunkturzyklen auf dem Wege gesteigerter Ausfuhr, als vielmehr nur durch Hebung der Binnenmarktnachfrage erfolgen kann [10]).

Gestützt wird diese These durch eine große Anzahl statistischer Darstellungen, in denen — zumeist mit Hilfe von Indexreihen — die Entwicklung der Produktion und der Außenhandel der wichtigsten Industriestaaten seit der Weltkrise so wiedergegeben wird, daß sich ein Auseinanderklaffen von Produktion und Außenhandel zeigt. An Hand dieser Darstellungen gelangt man dann zu dem Schluß, daß die Belebung in der Welt nach der Krise nicht eigentlich „weltwirtschaftlich" im strengen Sinne des Begriffs, sondern in erster Linie „nationalwirtschaftlich" bedingt ist [11]).

---

[8]) Vgl. Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reiches 42. Jahrg. Heft 3, Berlin 1933, S. 137. Vgl. auch die ausführliche Übersicht ebenda S. 138 ff.

[9]) Vgl. Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung 9. Jahrg. Heft 3. Berlin 1934, S. 245.

[10]) Vgl. bes. Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung 9. Jahrg. Heft 3 S. 124; Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reiches 42. Jahrg. Heft 3.

[11]) Vgl. Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reiches 42. Jahrg. Heft 3 S. 134—136.

Vielfach wird bereits angenommen, daß die Außenhandelstätigkeit und die internationalen Wirtschaftsbeziehungen so gut wie gar keine Bedeutung für die konjunkturelle Entwicklung der einzelnen Länder mehr haben und die wirtschaftliche Lage ausschließlich vom Binnenmarkt bestimmt wird. So schließt — um aus der Unzahl der Beispiele eines herauszunehmen — ein Artikel im Wirtschaftsteil einer angesehenen Wochenzeitung [12]) über die internationale Wirtschaftslage wie folgt: „Die Konjunktur in den begünstigten Ländern bleibt auf dem Binnenmarkt beschränkt, der Welthandel verfällt weiter. Es sind bisher nur partielle Belebungsversuche in dieser Hinsicht festzustellen."

Jede nähere Betrachtung des Sachverhaltes zeigt jedoch, daß derart weitgehende Schlüsse nicht — oder zumindest noch nicht — zutreffen. Den Faktoren, die auf eine Lockerung des internationalen Konjunkturzusammenhangs und der wechselseitigen Beziehungen zwischen der Konjunkturlage und Außenhandelstätigkeit hinwirken, stehen andersgerichtete Tendenzen entgegen.

Wie das Institut für Konjunkturforschung in seinem Berichte [13]) erklärt, wäre es verfehlt, „aus den angegebenen Umständen zu schließen, daß sich die ‚Welt'konjunktur in eine Reihe nationalwirtschaftlicher Sonderkonjunkturen aufgelöst habe, die jeglicher gegenseitigen Abhängigkeit entrieten. Noch immer ist die Weltkonjunktur für die Wirtschaftsentwicklung vieler Länder schlechthin ausschlaggebend und gänzlich ‚konjunkturautonom' ist kein Land."

Problemstellung

Wieweit im einzelnen eine Lockerung des internationalen Konjunkturzusammenhangs und der wechselseitigen Beziehungen zwischen Konjunkturlage und Außenhandelstätigkeit eingetreten und in der nächsten Zeit noch zu erwarten ist, ist aus verschiedenen Gründen überaus schwer zu beantworten. Die außerordentlichen Verschiebungen, die sich im weltwirtschaftlichen Wertgefüge durchgesetzt haben, die starken Preisänderungen, die ja keineswegs nur in einer Senkung des allgemeinen Preisniveaus, sondern gleichzeitig in einer starken Umgestaltung der Preisstreuung bestehen, die Währungsentwertungen, die Veränderungen verschiedener Kostenrelationen, die Umschichtungen und Verlagerungen im internationalen Wirtschaftsverkehr und viele andere Umstände mehr machen eine exakte statistische Analyse unmöglich. Eine geschlossene ätiologische Untersuchung, in der die einzelnen miteinander und gegeneinander wirkenden Faktoren quantitativ und qualitativ abgewogen werden, läßt sich gleichfalls nicht durchführen, da wir hier einer Entwicklung gegenüberstehen, die durch verschiedene ineinander über-

[12]) „Deutsche Zukunft" vom 21. 10. 1934 S. 13.
[13]) Vgl. Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung 9. Jahrg. Heft 1 S. 58.

greifende Prozesse bestimmt wird, und da in diesem Komplex von Wirkungen und Gegenwirkungen eine Reihe besonderer außerökonomischer Faktoren wirksam ist.

Es soll daher im folgenden aus der Vielzahl der Faktoren, die eine Lockerung des internationalen Konjunkturzusammenhanges und der Wechselwirkungen zwischen Konjunkturlage und Außenhandelstätigkeit bewirken können, nur einer oder eine Gruppe von Faktoren herausgegriffen werden: Die konjunkturpolitischen Maßnahmen, die auf eine Belebung des Binnenmarktes hinzielen. Da diese Maßnahmen ihrerseits aber wieder in die allgemeinen weiterreichenden Zusammenhänge eingeordnet und von ihnen bestimmt sind, wird die Untersuchung nicht zu vollständiger und erschöpfender Geschlossenheit durchgeführt werden können.

Die konjunkturpolitischen Maßnahmen, die von verschiedenen Staaten eingeleitet sind, müssen sich entsprechend der besonderen ökonomischen und außerökonomischen Verhältnisse in den einzelnen Ländern verschieden auswirken. Infolgedessen würde jeder Versuch, den Wirkungen aller oder auch nur der wesentlichen konkreten Einzelmaßnahmen nachzugehen, zu weit führen. Die Untersuchung soll daher auf allgemeine Feststellungen beschränkt bleiben und nur die wichtigsten Zusammenhänge aufzeigen. Dabei soll aber nach Möglichkeit eine rein abstrakte Betrachtungsweise vermieden werden und stets — soweit es eben im Rahmen einer allgemeinen theoretischen Untersuchung geschehen kann — die konkreten Vorgänge zugrunde gelegt werden. Es soll, um es auf eine kurze Formel zu bringen, der Versuch gemacht werden, gewisse ökonomische Vorgänge auf Grund theoretischer Erkenntnisse zu interpretieren.

Die Untersuchung wird ausschließlich auf die Beantwortung der folgenden Frage abgestellt sein: Wieweit und unter welchen Bedingungen bewirken die konjunkturpolitischen Maßnahmen, die auf eine Belebung des Binnenmarktes hinzielen, eine Lockerung des internationalen Konjunkturzusammenhangs und der Wechselwirkung zwischen Konjunkturlage und Außenhandelstätigkeit?

Erstes Kapitel

Die Veränderungen der Wirtschaftslage seit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise

1. Die Besonderheiten der Weltwirtschaftskrise

a) Strukturelle oder konjunkturelle Krise?

Bevor im folgenden die Wirkungen binnenwirtschaftlicher Ankurbelungsmaßnahmen auf die Außenhandelstätigkeit und die internationalen Wirtschaftsbeziehungen untersucht werden, muß zunächst der Versuch gemacht werden, die gegenwärtige Wirtschaftslage etwas näher zu analysieren und die für die Problemstellung wichtigen Tatbestände zu klären. Doch zuvor muß festgestellt werden, ob der Begriff „Konjunktur", der hier angewandt wird, und die mit ihm verknüpften theoretischen Vorstellungen nicht durch die Entwicklung der letzten Jahre jeden Sinn für die Erklärung der gegenwärtigen und der künftigen Wirtschaftslage verloren haben.

Sombart [14]), der davon ausgeht, das der Begriff „Konjunktur" ein historisch-ökonomischer, kein allgemein-ökonomischer ist, weil es „Konjunktur" nur in bestimmten Wirtschaftsverfassungen gibt, glaubt feststellen zu müssen, „daß die aus dem hochkapitalistischen Wesen abgezogenen Konjunkturschemata kritiklos auf die Gegenwart, das heißt die völlig veränderte Lage des spätkapitalistischen Zeitalters angewandt werden, während doch die entscheidende Erkenntnis die sein müßte, daß die heutige ‚Weltkrise' nichts, aber auch rein gar nichts zu tun hat mit den Konjunkturabläufen, die von 1815 bis 1910/12 das Wirtschaftsleben beherrscht haben, vielmehr denen der frühkapitalistischen Periode ähnelt. Obwohl sie sich auch von diesen in wesentlichen Punkten unterscheidet". Es sei vielmehr gegenüber der jetzigen Lage des Wirtschaftslebens gerade die Frage, „ob es überhaupt noch einen Sinn hat, den Begriff ‚Konjunktur' weiterzuverwenden. Dessen Anwendung hat ja — wie Sombart fortfährt — zur notwendigen Voraussetzung einen im wesentlichen durch den ‚Zufall' gestalteten Wirt-

[14]) In der Festschrift für Arthur Spiethoff, „Der Stand und die nächste Zukunft der Konjunkturforschung", München 1933.

schaftsverlauf. In dem Maße, wie die Wirtschaft durch bewußte Eingriffe ‚planvoll' gestaltet wird, verliert der Begriff ‚Konjunktur' jeden Sinn. Es wäre völlig abwegig, in einer Wirtschaft wie derjenigen Sowjetrußlands von ‚Konjunktur' zu sprechen. Es scheint aber doch, als ob wir ganz allgemein in der Richtung der gestalteten, bewußt gerichteten Wirtschaft uns entwickelten, und die verblüffende Erkenntnis wäre dann die, daß die ‚Konjunkturforschung' ihren Höhepunkt erreicht in einer Zeit, in der es überhaupt keine Konjunktur mehr gibt".

Auf diese These, daß die Weltwirtschaftskrise nichts mehr mit den früheren Krisen gemein hat und daß wir in eine Entwicklungsperiode eingetreten sind, in der es keine konjunkturellen Zyklen mehr gibt und geben wird, stoßen wir heute immer wieder.

b) Das Fortwirken der konjunkturellen Faktoren und die strukturellen Veränderungen

Zweifellos kann allein auf Grund der Konjunkturtheorie die gegenwärtige Wirtschaftslage nicht völlig geklärt werden, wie überhaupt niemals eine historisch-konkrete Situation durch Theorie, das heißt eine hypothetische Konstruktion gänzlich erfaßt werden kann. Doch jede nähere Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre zeigt, daß ein großer Teil der konjunkturellen Kräfte, die in der Vergangenheit den Ablauf der Konjunkturzyklen bestimmten, auch weiterhin wirksam ist [15]). Der Zeitdauer nach hält sich die Weltwirtschaftskrise, wie Richard Lewinsohn (Morus) in seiner Geschichte der Krise [16]) nachweist, in den Proportionen früherer Konjunkturzyklen. „Legt man den am festesten umrissenen amerikanischen Konjunkturverlauf der Betrachtung zugrunde und setzt man den Krisentiefpunkt im Frühjahr 1933 an — gewisse Besserungssymptome zeigen sich schon seit dem Sommer 1932 —, so gelangt man zu folgenden Daten: Auf einen acht Jahre langen, nur von kleineren Rückschlägen unterbrochenen Aufstieg vom Sommer 1921 bis zum Herbst 1929 folgt nach einem brüsken Sturz ein dreieinhalbjähriger Abstieg. Im ganzen hätten wir also einen geschlossenen Konjunkturzyklus von elf bis zwölf Jahren vor uns, innerhalb dessen der Aufstieg zwei- bis dreimal solange gedauert hat wie die anschließende Krise. Das entspricht durchaus dem Konjunktur-Rhythmus, den man schon in der kapitalistischen Wirtschaft des 19. Jahrhunderts findet. Die jetzige Krise bedeutet also historisch gesehen eine Steigerung, aber nichts grundsätzlich Neues." [17])

---

[15]) Vgl. hierüber vor allem Gustav Clausing, „Die wirtschaftlichen Wechsellagen von 1919 bis 1932", Jena 1933.

[16]) Leipzig und Wien 1934; diese populär gehaltene Schrift Lewinsohns ist in der theoretischen Grundlegung und in vielen Schlußfolgerungen recht einseitig, gibt aber doch, soweit es sich um rein tatsächliche Feststellungen handelt, zumeist ein zutreffendes Bild.

[17]) a. a. O. S. 209.

Ferner ist zu bedenken, daß durch das zeitliche Zusammentreffen mehrerer Umstände, die aus verschiedenartigen, sich überlagerten Wirtschaftsprozessen herrühren, die Weltwirtschaftskrise außerordentlich verschärft wurde. Neben der Finanz- und Industriekrise müssen wir die Agrardepression unterscheiden, die schon längere Zeit vorher wirksam war und zum Teil auf echter Überproduktion beruhte. Außerdem erfolgte eine ungewöhnlich große Freisetzung von Arbeitskräften, da fast in allen Industriestaaten — teils infolge einer falschen Lohnpolitik, teils infolge „echten" technischen Fortschritts — eine übersteigerte „Rationalisierung" durchgeführt wurde. In Deutschland war der Rationalisierungsprozeß besonders weit getrieben worden, weil hier ein großer Teil des Erneuerungs- und Investierungsbedarfs, der nach dem Ausbruch des Weltkrieges und in den ersten Nachkriegsjahren notgedrungen zurückgestellt worden war, ruckartig nachgeholt werden mußte [18]).

Wie bereits dieser flüchtige Überblick zeigt, kann aus einzelnen Besonderheiten der gegenwärtigen Wirtschaftslage nicht geschlossen werden, daß die konjunkturbewegenden Kräfte, die die früheren Zyklen bedingten, jetzt völlig ausgeschaltet werden.

Die konjunkturellen Faktoren sind natürlich nur ein Erscheinungskomplex aus den gesamten Ursachenzusammenhängen, die die wirtschaftliche Entwicklung bestimmen. Neben ihnen — das heißt natürlich nicht immer unabhängig von ihnen — wirken sich eine Reihe anderer Kräfte aus, die eine allgemeine Umgestaltung der „Struktur" der einzelnen Volkswirtschaften und der „Weltwirtschaft" herbeiführen [19]). Das Auftreten der konjunkturellen Zyklen setzt erst auf einer ganz bestimmten Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung ein. Wie

[18]) Auf die Frage, ob und wieweit das Ausmaß der Krise etwa noch dadurch vergrößert wurde, daß der Trend der wirtschaftlichen Entwicklung eine Umkehrung erfahren hat und gegenwärtig eine fallende Tendenz aufweist, kann hier nicht eingegangen werden, zumal die Theorie der „langen Wellen" (vgl. vor allem P. N. Kondratieff, „Die langen Wellen der Konjunktur", ArchSozWiss. SozPol. Bd. 56, Heidelberg 1926), auf der diese Hypothese von der Änderung der Trendrichtung beruht, noch sehr unklar und unsicher ist. Es ist bisher nicht einmal ein objektives Kriterium für die Feststellung der Wendepunkte und Phasenlängen der einzelnen Wellen gefunden; alle bisherigen statistischen Analysen der langen Wellen beruhen auf mehr oder minder willkürlichen Ausgleichsmethoden. Wenn man sich nicht damit begnügen will, für die Festlegung der Trendlinien eine nach dem Augenmaß bestimmte Ausgleichskurve zu zeichnen, sondern eine analytische Gleichung für die Bestimmung des Trends errechnen will, dann ergibt sich die Zahl der Wendepunkte und damit die Phasenlänge und das Ausmaß der Amplituden aus dem Grad der Funktion, den man wählt, ohne daß sich für die Wahl des Funktionsgrades — abgesehen von dem unmittelbaren Eindruck, den man aus den primären Konjunkturreihen erhält — irgendein Anhaltspunkt findet.

[19]) Vgl. zu dieser Unterscheidung vor allem Bernhard Harms, „Strukturwandlungen der Weltwirtschaft", Weltwirtschaftliches Archiv Bd. 25 Heft 1, Jan. 1927, besonders S. 15 ff. Die meisten dort aufgezeichneten Tendenzen bestimmen auch heute noch die wirtschaftliche Entwicklung.

andererseits die allgemeine („strukturelle", „trendmäßige") Entwicklung durch die zyklischen Schwankungen charakterisiert wird.

Zwischen beiden Erscheinungskomplexen — wenn man sie überhaupt als zwei gesonderte Phänomene betrachten will, wie es für statistische Zwecke und zur Ermöglichung einer kausalen Zurechnung angebracht erscheint [20]) — besteht ein enger wechselseitiger Zusammenhang.

In dieser Hinsicht kommt zweifellos dem Anwachsen des Einflusses des Staates im Wirtschaftsleben eine besondere Bedeutung zu [21]). Zieht man weiter in Betracht, daß eine wichtige Ursache wirtschaftlicher Strukturwandlungen „der Wille der Sonderräume zum Eigenleben" ist — wie schon von Bernhard Harms hervorgehoben wurde und was heute in einem noch weit stärkeren Ausmaße zutrifft —, so ergibt sich, daß gerade die für das Problem der Wirkung binnenwirtschaftlicher Ankurbelungsmaßnahmen auf die Außenhandelstätigkeit und die internationalen Wirtschaftsbeziehungen entscheidenden Umstände sehr stark — vielleicht sogar am stärksten — den „strukturellen" Veränderungen unterliegen.

2. Konjunkturelle Entwicklung und Welthandel seit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise

a) Schwierigkeiten einer statistischen Analyse

Jeder allgemeinen Charakterisierung der Konjunkturentwicklung in den verschiedenen Ländern und der internationalen Wirtschaftsbeziehungen stellen sich eine Reihe von technischen und methodischen Schwierigkeiten entgegen. Zwar liegt hier überaus reiches und auch übersichtlich geordnetes statistisches Material vor. Doch alle diese Angaben können nur mit gewissen Vorbehalten verwandt und ausgedeutet werden — mit Vorbehalten, über die sich der Statistiker meist völlig im klaren ist, die aber bei der weiteren Auseinandersetzung über die zugrunde liegenden Tatbestände nur zu oft ganz außer acht gelassen werden [22]).

---

[20]) Die Problematik, aber auch die Notwendigkeit dieser Unterscheidung ist bereits von N. Pantaleoni, «La Crise del 1905—1907» (Anali di Economia Bd. 1 Heft 2, Mailand 1925) klar erkannt worden. In der späteren konjunkturtheoretischen Literatur wird dieses Problem bei der Frage nach der Abgrenzung der „Trend-Bewegung" von den konjunkturellen Schwankungen behandelt. Besonders klar ist das Problem von Simon Kuznets („Der Trend", Leipzig 1930) herausgearbeitet worden.

[21]) Siehe vor allem Fritz Neumark in der Festschrift für Arthur Spiethoff, bes. S. 21.

[22]) Die schwerste Gefahr in der statistischen Behandlung wirtschaftlicher Folgen liegt, wie Mitchell es einmal formuliert hat, vielleicht darin, daß, sobald einmal Tabellen mit sauber zusammengestellten Daten veröffentlicht sind, ihre Ziffern geradezu päpstliche Autorität über die Gemüter erlangen.

Vor allem muß man sich vor Augen halten, daß der Zeitraum seit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise erst wenige Jahre umfaßt. Wenn man bedenkt, daß die Dauer der Konjunkturzyklen im Durchschnitt und am häufigsten 7—11 Jahre betrug und auch längere Zyklen in Erscheinung traten, dann wird klar, daß es gegenwärtig noch unmöglich ist, eine bestimmte Bewegungsrichtung festzustellen. Jeder „Trend", den man aus irgendwelchen Ursprungsdaten errechnen wollte, würde nach wenigen Monaten bereits abgeändert werden müssen, denn bei keiner Änderung der Datenkonstellation läßt sich von vornherein sicher feststellen, ob sie innerhalb der „allgemeinen Bewegungsrichtung" liegt oder ob sie eine „vorübergehende Abweichung" darstellt.

b) Der Zusammenhang zwischen Konjunkturablauf und Welthandel

Überwiegend — vor allem in der deutschen Konjunkturliteratur und Wirtschaftspublizität — sieht man als die am stärksten hervortretende Erscheinung der Wirtschaftsentwicklung in der Welt seit Ablauf der Weltwirtschaftskrise, wie bereits oben gesagt, eine Diskrepanz zwischen der industriellen Produktion und den Außenhandelsumsätzen. So zeigen z. B. die vom Institut für Konjunkturforschung veröffentlichten Indexkurven für die Industrieproduktion und den Welthandel [23]) außerordentlich weitgehende Abweichungen: bis etwa zur Mitte des Jahres 1932 besteht zwar noch eine enge Korrelation im Verkauf beider Kurven, die während dieses Zeitabschnittes in gleichem Ausmaß rückgängig sind. Danach steigt jedoch die industrielle Produktion sprunghaft, von Rückschlägen unterbrochen, an, während der Welthandel zunächst noch weiter, allerdings in einem verminderten Ausmaß rückgängig ist, um dann allmählich in einem sehr geringen Ausmaß anzusteigen.

Diese Diskrepanz zwischen der Industrieproduktion und der Entwicklung des Welthandels ist jedoch nicht so stark, wie man es auf den ersten Blick annehmen könnte. Zunächst ist zu berücksichtigen, daß nicht die Industrieproduktion allein mit dem Außenhandel verglichen werden darf, sondern daß nach Möglichkeit der Gesamtumfang der Geschäftstätigkeit zu den Außenhandelsumsätzen in Relation gestellt werden muß, um ein angenähertes Bild über den wechselseitigen Zusammenhang zwischen Binnenmarkt und Außenwirtschaft zu erhalten. Es ist unerläßlich, zum mindesten die landwirtschaftliche Produktion in die Betrachtung mit einzubeziehen; denn die landwirtschaftlichen Erzeugnisse gehen ja gleichfalls zu einem wesentlichen Teil in die Außenhandelsumsätze ein.

Nun geht die landwirtschaftliche Produktion, die sich in der Zeit vom Ausbruch der Weltwirtschaftskrise bis zur Mitte des Jahres 1932

[23]) Vgl. z. B. das Schaubild in den Vierteljahresheften für Konjunkturforschung 9. Jahrg. Heft 3 S. 124.

nur in geringem Umfang vermindert hat, ungefähr von diesem Zeitpunkt ab entgegen der Entwicklung der industriellen Produktion, stärker zurück. Um ein grob angenähertes Bild vom Zusammenhang zwischen binnenwirtschaftlicher und außenwirtschaftlicher Geschäftstätigkeit zu erhalten, müßte man daher eine Ausgleichskurve konstruieren, die zwischen dem Index für die industrielle und dem für die landwirtschaftliche Produktion verläuft. Eine solche Kurve würde der Kurve für die Außenhandelsumsätze um einen nicht unbedeutenden Betrag näherliegen. Die Gesamtproduktion ist in den Jahren 1932 und 1933 infolge des Rückgangs der landwirtschaftlichen Erzeugung weit weniger sprunghaft angestiegen, als die Industrieproduktion allein [24]).

Es ist ferner auffallend, daß die Kurve der Industrieproduktion wesentlich unausgeglichener verläuft als die Kurve für den Welthandel. Der steile Anstieg, der im Frühjahr und im Sommer des Jahres 1932 und dann wieder seit dem Jahreswechsel von 1933 auf 1934 festgestellt wird, wird beide Male durch einen scharfen Rückschlag abgelöst. Unwillkürlich ergibt sich der Eindruck, daß durch das Zurückbleiben der Außenhandelstätigkeit sowohl gegen Ende des Jahres 1932 wie im Sommer der Jahre 1932 und 1934 die Industriekonjunktur gehemmt und unterbrochen wurde. Allein schon dies zeigt, daß auch gegenwärtig noch ein deutlicher Zusammenhang zwischen Konjunkturentwicklung und Außenhandelstätigkeit besteht.

Außerdem muß man überhaupt fragen, ob ein Vergleich von Indexreihen und von darauf basierten Kurven für die Industrieproduktion und den Welthandel ohne weiteres möglich ist und welche Schlüsse daraus gezogen werden können. Die für beide Erscheinungskomplexe zugrunde gelegten Daten sind durch völlig verschiedenartige statistische Erhebungsmethoden gewonnen. Die Außenhandelsstatistik geht auf verhältnismäßig vollständige und gleichartige Angaben zurück, während die Indizes für die Industrieproduktion meist auf Grund von Stichproben-Erhebungen bei repräsentativen Wirtschaftszweigen oder Unternehmungen berechnet sind. Es muß daher zweifelhaft erscheinen, ob ein Vergleich beider Reihen über längere Zeiträume überhaupt statthaft ist, zumal wenn sich innerhalb dieser Zeit stärkere strukturelle Wandlungen durchsetzen.

Auffällig ist ferner, daß der größte Teil der Statistiken über den Warenumschlag im Schiffsverkehr, die durchaus als kennzeichnend für die Entwicklung des Welthandels angesehen werden können, seit dem Jahre 1933, teilweise sogar schon seit Mitte 1932 (also ungefähr gleichzeitig mit dem Ansteigen der Industrieproduktion) deutlich anzusteigen

---

[24]) Vgl. die jährlichen Indexziffern des Instituts für Konjunkturforschung, z. B. Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung 7. Jahrg. Nr. 27 S. 130.

beginnt und sich diese Steigerung im Jahre 1934 weiter fortsetzt. Ob wir den Schiffsverkehr und Warenverkehr in den beiden großen internationalen Wasserstraßen, dem Panama- und dem Suezkanal, beobachten oder Schiffsverkehr und Warenumschlag in den großen europäischen und außereuropäischen Welthäfen: fast überall zeigen [25]) sich deutlich ansteigende Ziffern, die in einem auffälligen Gegensatz zu den gebräuchlichen Indexreihen für die Entwicklung des Welthandels stehen.

Die Vermutung liegt nahe, daß in Wirklichkeit der Welthandel stärker zugenommen hat, als es in den Außenhandelsstatistiken zum Ausdruck kommt. Es ist sehr leicht möglich, daß bei den statistischen Angaben über den Außenhandel in den letzten Jahren die Fehlerquellen stärker ins Gewicht fallen als früher — so daß also auch die Außenhandelsstatistik eine gewisse „Konjunkturempfindlichkeit" aufweist. — Selbst wenn man nicht annehmen will, daß die illegale Einfuhr sehr stark angewachsen ist [26]) und dadurch bereits die Außenhandelsziffern wesentlich von dem tatsächlich stattfindenden Warenaustausch abweichen, so muß man bedenken, daß infolge der außerordentlich weitgehenden Änderung der Einfuhrbestimmungen Warenklarierungen heute vielfach anders durchgeführt werden, als noch vor wenigen Jahren.

Welches Ausmaß die Zunahme des Welthandels in Wirklichkeit erreicht hat, würde sich erst auf Grund eingehender statistischer Analysen feststellen lassen, und auch dann würden natürlich nur angenäherte Werte gefunden werden können. Zusammenfassend wird man feststellen müssen, daß die Diskrepanz zwischen der Entwicklung des Welthandels und der Weltproduktion keineswegs so groß ist, wie es ursprünglich erscheinen mag. Ob allerdings die Zunahme des Welthandels der Steigerung der Weltproduktion entspricht, bleibt trotz der verschiedenen eben angeführten Umstände zweifelhaft.

3. Außenhandelstätigkeit und Binnenmarktlage in einzelnen Ländern

a) Verlagerungen im Welthandel und in der Weltproduktion

Die Entwicklung des Außenhandels weist in den verschiedenen Ländern und Ländergruppen in den letzten Jahren zum Teil recht be-

[25]) Eine Ausnahme bildet z. B. der Schiffsverkehr und Warenumschlag im Hafen von Marseille, der sich im betrachteten Zeitraum aus besonderen Gründen verhältnismäßig ungünstig entwickelt.

[26]) Es ist klar, daß mit dem Steigen der Zollsätze, sowie dem Anwachsen der anderen Einfuhrhemmungen, die hohe Preisdifferenz zwischen den verschiedenen Ländern entstehen läßt, der Anreiz zum Schmuggel zunehmen muß.

trächtliche Unterschiede auf. Wie das Büro des Völkerbundes in seiner Übersicht über den Welthandel im Jahre 1933 festgestellt hat[27]), war der europäische Außenhandel insgesamt genommen 1933 nicht an der mengenmäßigen Zunahme des Welthandels beteiligt. Diese Zunahme drückt sich allein in einem Anwachsen des Handels der anderen Erdteile aus. Der Außenhandel Nordamerikas ist trotz seiner mengenmäßigen Zunahme wertmäßig stärker zurückgegangen als der irgendeines anderen Kontinents, und zwar infolge des scharfen Preissturzes (berechnet in Goldwerten) seiner wichtigsten Ausfuhrwaren[28]).

Gleichzeitig mit diesen Verschiebungen im internationalen Warenverkehr haben sich weitgehende Wandlungen in der Zusammensetzung der Weltproduktion und wesentliche Standortsverlagerungen durchgesetzt. Außer der unterschiedlichen Entwicklung der Industrie und der Agrarproduktion hat sich der Anteil der verschiedenen Waren und Warengruppen an der Gesamtproduktion teilweise stark verschoben. Der Anteil der Produktionsgüter an der gesamten Güterproduktion, der mit dem Ausbruch der Weltkrise scharf gesunken war, nimmt seit 1932 wieder zu. Er ist aber immer noch weitaus niedriger als zur Zeit der letzten Hochkonjunktur[29]).

Unter den Standortsverschiebungen sind vor allem diejenigen wichtig, die man unter den Begriffen „Reagrarisierung der Industrieländer" und „Industrialisierung der Agrarländer" zusammenfaßt.

Als charakteristische Beispiele für die „Industrialisierung" von Neuländern ist z. B. die Entwicklung in Japan und in Britisch-Indien zu nennen und für die „Reagrarisierung" die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in Deutschland oder in Großbritannien.

Es ist äußerst schwierig zu beurteilen, wieweit diese Veränderungen bereits als grundlegende strukturelle Wandlungen anzusehen sind und wieweit sie nur auf vorübergehenden Umständen beruhen. Zweifellos hat sich in den letzten Jahren eine strukturelle Umgestaltung einzelner Volkswirtschaften und der handelsmäßigen Verflechtung der Welt angebahnt und bereits vollzogen, andererseits darf man einzelne besonders auffällige Erscheinungen, die nur kurzfristig bedingt sind, nicht in ihrer Bedeutung überschätzen. Vor allem muß man sich davor hüten, auf Grund besonderer Umstände eines einzelnen Landes — wie sie vor allem gegenwärtig für Deutschland bestehen — allgemeine Urteile und Prognosen über die Entwicklung der „Weltwirtschaft" aufzustellen.

Aus dem Umstand, daß der Anteil eines Landes am Welthandel geringer geworden ist, kann nicht gefolgert werden, daß nunmehr für

---

[27]) Société des Nations, «Aperçu Général du Commerce Mondial 1933», Genf 1934.

[28]) a. a. O. S. 16.

[29]) Einen guten Überblick über die einzelnen Veränderungen innerhalb der industriellen Weltproduktion gibt z. B. das Institut für Konjunkturforschung in dem Wochenbericht 7. Jahrg. Nr. 27.

dieses Land eine grundsätzliche Veränderung eingetreten und es jetzt stärker als vorher auf den Binnenmarkt angewiesen sei. Dieser Schluß, der schon rein logisch fehlerhaft ist und auf einer Verknüpfung zweier nicht unmittelbar zusammenhängender Gedankenreihen beruht, wird am deutlichsten durch einen Rückblick auf die Entwicklung der englischen Volkswirtschaft widerlegt. Der Anteil Englands am Welthandel, der im Durchschnitt der Jahre 1871—1875 21,6% betrug, verringerte sich bis zum Jahre 1913 auf 15,3%, ohne daß sich während dieses Zeitraumes die Bedeutung des Außenhandels für die englische Volkswirtschaft selbst auch nur im geringsten vermindert hätte.

Mit der Verminderung des europäischen Anteils am Welthandel, der seit der Weltwirtschaftskrise zu beobachten ist, scheint sich eine Tendenz fortzusetzen, die schon in der ganzen Nachkriegszeit zu beobachten war. Diese Verringerung des europäischen Anteils geht jedoch, wie das Institut für Weltverkehr und Seeverkehr nachweist, auf einen Rückgang des Warenaustausches unter den europäischen Ländern selbst zurück. „Während sich der Außenhandel Europas mit anderen Kontinenten — in der Zeit von 1911 bis 1913 auf 1927—1929 — um 68% erhöhte, weist der Warenaustausch der europäischen Länder untereinander eine wertmäßige Zunahme von nur 31% auf. Volumenmäßig ist hier also überhaupt keine Steigerung, sondern eher eine Minderung eingetreten. Die oft erwähnte ‚Enteuropäisierung' des Welthandels beruht daher vorwiegend auf einer ‚Enteuropäisierung' des europäischen Außenhandels selbst. Die Gründe dieser Entwicklung liegen einmal in dem sinkenden Rohstoff- und Lebensmittelaustausch, zum anderen in der weitgehend auch zollpolitisch bedingten Hemmung des industriellen Warenaustausches zwischen den europäischen Ländern." [30])

Gliedert man den Welthandel nach den Außenhandelsrelationen der verschiedenen Produktionsgebiete, der Industrie- und der Agrarländer, so ergibt sich folgendes Bild [31]):

Außenhandelsverflechtung der Industrie- und Agrargebiete

	1911—1913	1927—1929
Agrarländer mit Agrarländern	10,7%	12,2%
Industrieländer mit Industrieländern	29,3%	24,0%
Industrieländer mit Agrarländern	58,8%	62,6%

Der Rückgang des Anteils der Industrieländer am Welthandel geht also ebenso wie der Rückgang des Anteils der europäischen Länder, bei

---

[30]) Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Volkswirtschaft: „Der deutsche Außenhandel unter der Einwirkung weltwirtschaftlicher Strukturwandlungen", bearbeitet und herausgegeben vom Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel, Berlin 1932, bes. S. 356.

[31]) Vgl. a. a. O. S. 336.

denen ja anteilsmäßig die Industrieländer weit überwiegen, auf die Verminderung des Warenaustausches zwischen den Industrieländern selbst zurück. Die relativen Verschiebungen zwischen der Produktion einzelner Waren und Warengruppen sind teilweise — so vor allem für das Verhältnis zwischen der Agrar- zur Industrieproduktion — auf den allmählichen Ausgleich größerer Disproportionalitäten, die schon seit längerer Zeit bestanden, zurückzuführen. Teilweise stellen sie — so in erster Linie die Verschiebungen zwischen den Produktions- und Konsumtionsgütern — eine rein konjunkturelle Erscheinung dar, die in jedem Zyklus zu beobachten ist; denn die Produktionsmittelindustrie ist ungleich stärker den konjunkturellen Schwankungen unterworfen. Doch bis zu einem gewissen Grade sind auch die Veränderungen, die hier in Erscheinung treten, auf die tiefer liegenden strukturellen Wandlungen zurückzuführen.

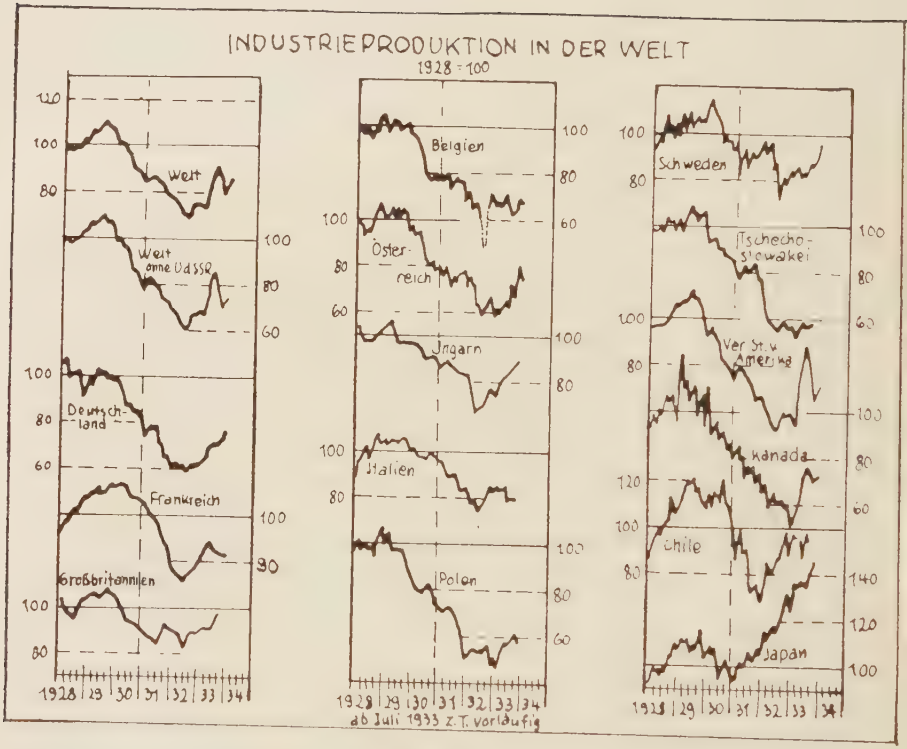
b) Unterschiedlicher Konjunkturverlauf

Infolge dieser weitreichenden Verlagerungen im Welthandel und der Weltproduktion, die durch jede zusammenfassende Betrachtung überdeckt und verwischt werden, können konkrete Feststellungen nur auf Grund eines Vergleichs der Entwicklung der Binnenmarktlage und des Außenhandels in einzelnen typischen Ländern erreicht werden. In dem folgenden Schaubild kommt deutlich zum Ausdruck, daß in allen wichtigen Industrieländern der Welt — abgesehen von Japan sowie der Sowjetunion, die hier nicht in die Betrachtung mit einbezogen werden kann —, die Produktion nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise stark absinkt und dann im Jahre 1932 oder 1933 wieder anzusteigen beginnt. Der Anstieg setzt in einigen Ländern, wie z. B. den Vereinigten Staaten und Chile sehr rasch ein, und die Produktionskurven gehen hier ebenso steil in die Höhe wie sie vorher abgesunken waren.

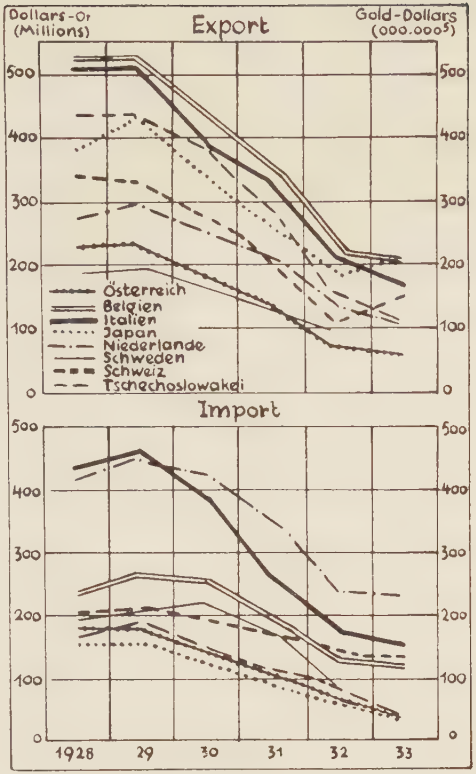
Auch in der Entwicklung des Außenhandels der meisten Industrieländer zeigt sich im Jahre 1932 ein starker Umbruch (vgl. Figur 2) [32]). Dieser Umbruch erfolgt allerdings nicht in der Form, daß dem starken Absinken nunmehr auch ein entsprechend starker Anstieg folgt; sondern es zeigt sich hier nur in einigen Fällen ein — im Vergleich zur Industrieproduktion geringes — Ansteigen. Meist kommt nur die rückläufige Bewegung zum Stillstand und in einzelnen Ländern ist sogar nur eine Verringerung im Ausmaß der Schrumpfung zu verzeichnen. Doch der Wendepunkt in der Entwicklung des Außenhandels im Jahre 1932 ist für die hier betrachteten Länder unverkennbar.

---

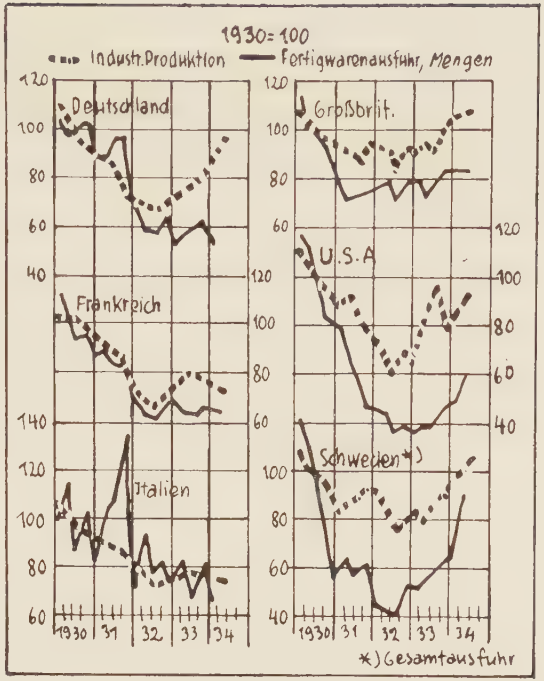
[32]) Aperçu Général du Commerce Mondial 1933 S. 38.


INDUSTRIEPRODUKTION IN DER WELT
1928 = 100
Welt
Welt ohne UdSSR
Deutschland
Frankreich
Großbritannien
Belgien
Österreich
Ungarn
Italien
Polen
Schweden
Tschechoslowakei
Ver. St. v. Amerika
Kanada
Chile
Japan
1928 | 29 | 30 | 31 | 32 | 33 | 34
ab Juli 1933 z. T. vorläufig

Figur 1.



Figur 2.



Figur 3.

Das dritte Schaubild (vgl. Figur 3) [33]) ermöglicht einen eingehenden Vergleich über die Entwicklung der Produktion und der Fertigwarenausfuhr von sechs typischen Ländern. Dabei müssen jedoch die oben angeführten Bedenken über die Vergleichbarkeit dieser beiden Bewegungsreihen mit in Rechnung gestellt werden, und es muß von allen weitgehenden Schlüssen abgesehen werden.

Am stärksten ausgeprägt ist die Übereinstimmung im Gesamtverlauf beider Kurven — von allen zeitweiligen Abweichungen abgesehen — bei Italien. Bei Frankreich, Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Schweden zeigt sich deutlich eine starke, nahezu völlige Übereinstimmung der Kurvenrichtung. Nur die Amplituden weisen größere Unterschiede auf. Allein bei Deutschland besteht eine wesentliche Diskrepanz im Verlauf der Kurven: die Zunahme der industriellen Produktion wird hier nicht von einer Steigerung der Ausfuhr begleitet. Im Sommer 1932, in dem Belebung der industriellen Tätigkeit zuerst in Erscheinung tritt, setzt zwar eine — möglicherweise nur sehr saisonal bedingte — Hebung der Fertigwarenausfuhr ein. Doch schon nach wenigen Monaten erfolgt ein scharfer Rückschlag. Auch die Belebung der Ausfuhr im Laufe des Jahres 1933 wird wieder von einem scharfen Absinken abgelöst.

Doch auch hier besteht noch insofern ein gewisser Zusammenhang, als seit dem Einsetzen der industriellen Belebung auch der Rückgang der Fertigwareneinfuhr, von allen kurzfristigen Schwankungen abgesehen, fast ganz zum Stillstand gekommen ist. Wenn demnach in der Kurvenrichtung keine Übereinstimmung besteht, so tritt doch auch hier ein gemeinsamer Wendepunkt charakteristisch hervor.

Es ist also zusammenfassend festzustellen, daß im allgemeinen, auch in der Zeit nach der Weltwirtschaftskrise, die Entwicklung der Binnenmarktlage und der Außenhandelstätigkeit die gleiche Bewegungsrichtung aufweisen. Fraglich bleibt aber — auch wenn alle oben angeführten Bedenken gegen die Vergleichbarkeit der Produktionsindizes mit der Außenhandelsstatistik mit in Rechnung gestellt werden —, ob für das Ausmaß der Veränderungen beider Bewegungsreihen noch die gleiche enge Korrelation besteht wie früher. Außerdem bleibt dahingestellt, ob der Kausalzusammenhang noch der gleiche ist wie früher. Während früher die These vertreten wurde, daß der primäre Anstoß zur Auslösung des Aufschwunges von der Belebung des Außenhandels ausging — eine These, für die bisher allerdings kein unbedingt schlüssiger Beweis erbracht werden konnte — oder vielleicht zwischen beiden Erscheinungen ein vollständiger wechselseitiger Zusammenhang bestand, so daß sich die Entwicklung der Binnenmarktkonjunktur und des Außenhandels in jeder Weise gegenseitig bedingten, so kann gegenwärtig nicht ohne

[33]) Vgl. Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung 9. Jahrg. Heft 2, Berlin 1934, S. 82.

weiteres die Behauptung zurückgewiesen werden, daß jetzt das relative Ansteigen der Außenhandelsumsätze nur eine Nachwirkung der primär durch andere Faktoren bedingten Belebung des Binnenmarktes ist. Die Frage läßt sich durch irgendwelche, auch noch so weitgehenden statistischen Analysen kaum lösen [34]).

Eine stärkere Abweichung der Entwicklung der Binnenmarktlage und der Außenhandelstätigkeit zeigt sich unter den führenden Industriestaaten allein bei Deutschland. Dieses hat seinen Grund einmal darin, daß gerade gegen Deutschland die handelspolitischen Erschwerungen — teilweise aus politischen Gründen — außerordentlich weit getrieben wurden; dann aber vor allem auch darin, daß die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Belebung des Binnenmarktes in Deutschland viel großzügiger eingeleitet wurden und umfassender durchgeführt werden als in anderen Ländern. Auch die Maßnahmen zur Stützung und Ankurbelung der Wirtschaft, die in Italien und den Vereinigten Staaten ergriffen sind, sind weder quantitativ noch qualitativ mit dem Arbeitbeschaffungsprogramm und den anderen Maßnahmen der Reichsregierung zur Belebung des Binnenmarktes gleichzusetzen.

Immerhin bleibt durch die Besonderheit der Wirtschaftslage in Deutschland, die — wie hier nochmals betont werden soll — keineswegs verallgemeinert werden darf, und im Hinblick auf die — wenn auch nur graduellen und wahrscheinlichen — Lockerungen des Zusammenhangs zwischen binnenwirtschaftlicher Konjunkturlage und Außenhandelstätigkeit anderer Länder das Problem bestehen, wieweit diese Entwicklung durch die staatlichen Maßnahmen zur Belebung des Binnenmarktes ausgelöst ist [35]).

---

[34]) Auch wenn es möglich sein sollte, die Wendepunkte der einzelnen Bewegungsreihen völlig sicher zu fixieren und festzustellen, wo die Änderung der Bewegungsrichtung am frühesten einsetzte, so wäre damit noch kein wesentlicher Anhaltspunkt für die Ermittlung des kausalprimären Faktors gewonnen. Denn da das wirtschaftliche Handeln nicht nur auf die Gegenwart, sondern zugleich auch auf die Zukunft gerichtet ist und sich auf weiter zurückliegenden Leistungen aufbaut, braucht eine zeitlich früher auftretende Erscheinung keineswegs die kausalprimäre zu sein.

[35]) Eine Sonderentwicklung im Vergleich zu anderen Ländern zeigt ferner die Sowjetunion. Schon vor dem Weltkriege hatte der Außenhandel für das russische Wirtschaftsleben, das nur wenig differenziert und zum großen Teil in sich autark war, nur eine verhältnismäßig geringe Bedeutung gehabt. Während der Revolutionswirren kam der Außenhandel fast völlig zum Erliegen und wurde dann unter der „neuen Wirtschaftspolitik" (NEP.) wieder aufgenommen. Er erreichte aber, in Vorkriegsrubeln berechnet, im Jahre 1927/28, dem Abschluß dieser Periode, nur 43,8% seines Vorkriegsumfanges, obwohl damals bereits die Produktion sich dem Vorkriegsstand angenähert haben sollte. — Obwohl es kaum möglich ist, ein objektives Bild über die Entwicklung in der Sowjetunion zu erhalten, wird man doch schließen müssen, daß hier eine starke Diskrepanz in der Entwicklung des Binnenmarktes und des Außenhandels vorliegt, wenn man auch hieraus nicht folgern darf, daß nunmehr jeder wesentliche Zusammenhang durchbrochen werde; denn der industrielle Aufbau der Sowjetunion beruht zu einem großen Teil auf der Einfuhr ausländischer Produktionsmittel.

4. Die Lockerungen des internationalen Konjunkturzusammenhanges

a) Vergleich der Konjunkturlage in den einzelnen Ländern

Die Frage, ob und wieweit der internationale Konjunkturzusammenhang sich in den letzten Jahren gelockert hat, ist schwierig zu entscheiden, weil der Zeitraum, der bisher betrachtet werden kann, nur sehr kurz ist. Es kann infolgedessen kaum festgestellt werden, in welchem Maße die gegenwärtige Konjunkturlage in einzelnen Ländern von besonderen Umständen bedingt ist. Sicherlich weist die Wirtschaftslage in den verschiedenen Ländern beträchtliche Unterschiede auf. Andererseits bestehen auch wieder manche Übereinstimmungen. So hat sich seit dem Jahre 1933 nur noch vereinzelt ein ausgesprochener Abschwung gezeigt. In einem großen Teil der Länder weist die Wirtschaftsentwicklung deutlich alle Merkmale eines konjunkturellen Aufschwungs auf. Andere befinden sich in einem Erholungsstadium. Daneben hält in einigen wenigen Ländern unverkennbar die Depression weiter an.

Das Statistische Reichsamt stellt in einer Übersicht über die Wirtschaftslage in der Welt im Frühjahr 1934 auf Grund einer Untersuchung über 54 Länder fest, daß sich — gemessen am Anteil am Welthandel — 51% im Aufschwung, 14% im Erholungsstadium, 32% in der Depression befanden und nur noch 2% eine Rückgangsentwicklung aufweisen [36]).

Es ist kaum möglich, gegenwärtig bereits den Nachweis zu erbringen, welche Faktoren sich im Laufe der Entwicklung als ausschlaggebend herausstellen werden: diejenigen, die auf eine Verengung oder diejenigen, die auf eine Lockerung des internationalen Konjunkturzusammenhanges hinwirken. Die Verschiedenheit im Konjunkturablauf, die seit der Weltwirtschaftskrise, oder genauer, seit der Mitte des Jahres 1932 im Konjunkturablauf zu beobachten ist, k a n n eine vorübergehende Erscheinung darstellen, sie kann aber auch der Anfang einer neuen Entwicklung sein. Ein abschließendes Urteil hierüber wird erst dann möglich sein, wenn die verschiedenen, gegeneinander wirkenden Tendenzen in ihrer Tragweite voll erkannt sind.

Es lassen sich, ganz allgemein betrachtet, neben Deutschland, den Vereinigten Staaten, Japan und der Sowjetunion vier Ländergruppen unterscheiden, in denen die Konjunkturlage eine weitgehende Übereinstimmung aufweist:

I. Großbritannien und die anderen Länder des sogenannten „Sterling-Blocks". Hier ist die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung unverkennbar. In Großbritannien und Schweden zeigt sich allerdings seit dem Sommer des Jahres 1934 eine gewisse Stockung.

---

[36]) Vgl. Sonderbeilage zu „Wirtschaft und Statistik" Nr. 1, Juni-Heft 1934.

II. Die Goldblockländer. Hier hält die Depression weiter an.

III. Die überseeischen Agrar- und Rohstoffgebiete. Hier zeigt sich durchweg eine zunehmende Besserung, die aber noch nicht so weit fortgeschritten ist wie in den Ländern des Sterling-Blocks.

IV. Der südosteuropäische Agrarraum. Hier zeigt sich etwa seit Beginn des Jahres 1933 eine deutliche Befestigung und Belebung der Wirtschaftslage.

In Deutschland ist seit der Mitte des Jahres 1932 zunächst eine langsame Erholung, dann seit dem Frühjahr 1933 ein rascher Aufstieg zu verzeichnen, der sich aber von der Entwicklung in anderen Ländern — wie oben schon näher aufgezeigt — dadurch unterscheidet, daß sich die Belebung der Binnenwirtschaft ohne eine entsprechende Steigerung des Außenhandels durchzusetzen vermag.

In den Vereinigten Staaten zeigt die Entwicklung in den letzten Jahren sehr starke Schwankungen. Die zeitweilig auftretenden Belebungen des Produktionsprozesses, die außerordentlich rasch eine spekulative Übersteigerung erfahren, wechseln mit starken Rückschlägen ab.

In Japan setzt der Aufschwung der Industrieproduktion bereits mit Beginn des Jahres 1931 ein und steigt weit stärker an als in den übrigen Ländern, während in der Agrarwirtschaft gleichzeitig eine schwere Depression herrscht.

Die Wirtschaftslage in der Sowjetunion ist zu unübersichtlich, als daß sie hier in die Betrachtung mit einbezogen werden könnte.

Diese Übereinstimmungen und Verschiedenheiten der Konjunkturentwicklung in den einzelnen Ländern und Ländergruppen sind zum Teil sicherlich — so vor allem die deutliche Erholung in den überseeischen Rohstoff- und Agrargebieten gegenüber der Entwicklung im südosteuropäischen Agrarraum — auf die wirtschaftlichen Grundbedingungen der Volkswirtschaften zurückzuführen. In der Hauptsache hängen sie jedoch offensichtlich mit der Verschiedenartigkeit der Wirtschaftspolitik der einzelnen Länder zusammen. Dabei ist aber keinesfalls — wie man vielleicht aus dem oben gewählten Einteilungsprinzip schließen könnte — nur die intervalutarische Währungspolitik ausschlaggebend, sondern diese steht fast stets mit anderen gleichzeitig oder vielfach schon vorher eingeleiteten wirtschaftspolitischen Maßnahmen in einer engen wechselseitigen Beziehung.

Es läßt sich natürlich gegenwärtig noch nicht übersehen, wieweit es sich bei dieser Lockerung des internationalen Konjunkturzusammenhangs bereits um eine grundsätzliche Wandlung der weltwirtschaftlichen Beziehungen handelt. Sicherlich greifen die wirtschaftspolitischen Maßnahmen einzelner Staaten sehr weit in das Wirtschaftsleben ein und haben neue Entwicklungstendenzen ausgelöst. Andererseits sind diejenigen Kräfte, die auf eine Intensivierung der internationalen Beziehungen und auf eine stärkere Verbundenheit der wirtschaftlichen Wechsellagen der verschiedenen Volkswirtschaften hinwirken, keines-

wegs völlig ausgeschaltet. Die Beschränkungen des internationalen Wirtschaftsverkehrs haben allerdings dazu geführt, daß die Wirksamkeit dieser Kräfte stark eingeschränkt ist und sie in ihrer ganzen Struktur und Bedeutung weitgehend modifiziert sind. Wenn wir heute noch in weitem Umfange eine Übereinstimmung der Konjunkturbewegung sehen, müssen wir dabei stets die Frage aufwerfen, ob hier wirklich noch ein „Zusammenhang", d. h. eine gegenseitige kausale Beziehung besteht oder wir es nur mit einer Gleichläufigkeit zu tun haben, die, ohne daß irgendwie eine Einwirkung von einem Lande zum anderen erfolgt, etwa dadurch entstanden ist, daß völlig unabhängig voneinander in einzelnen Volkswirtschaften nunmehr allmählich die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise überwunden werden.

b) Der Zusammenbruch des internationalen Kreditsystems

Unter den Faktoren, die auf eine Steigerung des internationalen Konjunkturzusammenhanges hinwirken, spielte stets der Kapitalverkehr eine hervorragende Rolle. Zwischen der Kapitalausfuhr der großen Gläubigerländer und dem Welthandel bestand eine enge Korrelation.

Mit den von Wien ausgehenden Bankzusammenbrüchen im Jahre 1931 wurde eine nahezu vollständige Erstarrung des internationalen Kreditsystems herbeigeführt, die nicht zum wenigsten zur allgemeinen Rückbildung der internationalen Handelsverflechtungen beigetragen hat. Der Kapitalverkehr hatte aber schon vorher aufgehört, reibungslos zu funktionieren. Bereits im Jahre 1928 setzten gewisse Kapitalwanderungs- und Fluchtbewegungen ein, die ihre Ursache nicht in wirtschaftlichen, sondern in politischen Faktoren hatten, und entgegen der Bedarfslage und Zinsgestaltung eine Kapitalverknappung in Deutschland und anderen mitteleuropäischen Ländern hervorriefen [37]).

Doch die entscheidende Einschränkung der Kapitalausfuhr aus den Gläubigerländern und die Einstellung der Zins- und Amortisationsdienste der Schuldnerländer setzt erst im Sommer 1931 ein.

Die langfristigen Auslandsemissionen Großbritanniens, der Vereinigten Staaten, Frankreichs und der Niederlande hatten nach den Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung [38]) in dem Jahrfünft vor der Krise (1925—1929) im Jahresdurchschnitt etwa 2,1 Milliarden $, 1928 sogar 2,8 Milliarden $ betragen. Im Jahre 1932 dagegen nur mehr

---

[37]) Ob die damals aufgestellte Behauptung, daß von Frankreich aus politisch orientierten Motiven und Zwecken eine bewußte Goldakkumulation betrieben wurde (vgl. Paul Einzig, "International Gold movements", London 1930, und "The Fight for Financial Supremacy", London 1931), zutrifft oder nicht, braucht hier nicht näher erörtert werden.

[38]) Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, 4. Jahrg. Heft 2, Berlin 1934, S. 84.

334 Millionen $. Im Jahre 1933 ist eine geringfügige Steigerung auf 376 Millionen $ festzustellen (der Zuwachs entfällt auf Großbritannien).

Das kurzfristige Kreditvolumen der Welt verringerte sich nach Angaben der Reichs-Kredit-Gesellschaft von 57 Milliarden RM im Jahre 1931 auf etwa 26 Milliarden RM am Ende 1933.

Ein so plötzlicher Abbau der zwischenstaatlichen Kredite mußte sich natürlich im Warenaustausch von Staat zu Staat auf das stärkste auswirken und viele seit langem eingespielte Beziehungen vollständig zerstören. Gleichzeitig kam mit der Beseitigung von Kreditverflechtungen ein bedeutsamer Faktor zwischenstaatlicher Wirtschaftsverflechtung zum Fortfall.

Wie lange dieser anormale Zustand bestehen bleiben wird und ob dadurch die weltwirtschaftlichen Beziehungen weiter belastet werden, hängt vor allem von den wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen der Gläubigerstaaten ab. Die Wiederherstellung eines geregelten internationalen Kapitalverkehrs, die auf eine stärkere Aktivierung der Handelsbilanzen der Schuldnerstaaten und dem Wiedereinsetzen der Kapitalausfuhr beruhen muß, liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit. Einzelne Anzeichen scheinen bereits darauf hinzudeuten, daß sich auf diesem Gebiete eine neue Entwicklung anbahnt. Es ist allerdings anzunehmen, daß die Erteilung und Bereitstellung von zwischenstaatlichen Krediten in der nächsten Zukunft stärker als bisher von politischen Momenten bestimmt sein wird.

c) Unterschiedliche Preisentwicklung als Folge der Währungsmanipulationen

Eine der am meisten hervorstechenden Besonderheiten der gegenwärtigen Lage der Weltwirtschaft ist die unterschiedliche Preisentwicklung in den verschiedenen Volkswirtschaften. Während früher im allgemeinen eine zunehmende Vereinheitlichung der Preisbewegung in den einzelnen Ländern zu beobachten war [39]), und sich trotz mancher zollpolitisch und standortsmäßig bedingten Abweichungen immer deutlicher ein weltwirtschaftliches Preisgefüge herausbildete, zeigen sich jetzt außerordentlich hohe Preisdifferenzen und auch wesentliche Abweichungen in der Entwicklung der Preise.

Die periodisch vom Büro des Völkerbundes [40]) veröffentlichten Preisindizes für den Großhandel und den Kleinhandel von 40 Ländern lassen deutlich erkennen, wieweit in den einzelnen Ländern die Preisbewegung eine Sonderentwicklung aufweist.

---

[39]) Vgl. vor allem Wagemann a. a. O., bes. Kapitel 11 „Die internationale Konjunktur der Warenmärkte".

[40]) Vgl. z. B. Société des Nations, Bulletin Mensuel de Statistique No. 8, Genf, August 1934.

Die Indizes für die Lebenshaltungskosten der wichtigsten Länder weisen im Gegensatz zu den Großhandelspreisen im Jahre 1933 im allgemeinen noch einheitlich eine nach oben gerichtete Tendenz auf. Doch das Ausmaß der Steigerungen ist sehr verschieden. Während in Polen, Ungarn und der Schweiz die Zunahme der Indizes nur etwa 1% und in Frankreich, Österreich und Kanada etwa 2% beträgt, erreicht sie in den Vereinigten Staaten 8% und in Japan sogar 14,2%. Dazwischen liegen Steigerungen für Deutschland mit 3,7%, Belgien mit 4%, Großbritannien mit 4,4% und Dänemark mit 6,1%.

Im Durchschnitt der Jahre 1932 und 1933 stellen sich die Indizes für Ernährung und Lebenshaltung in einzelnen Ländern wie folgt [41]):

	Basis = 100	Ernährung		Lebenshaltung	
		1932	1933	1932	1933
Deutschland	1913/14	112	110	121	119
Frankreich	Juli 1914	536	491	—	—
England (i. Gold)	Juli 1914	90	82	103	95
Italien	1.Hj.1914	417	—	435	413
Holland	1911/13	119	120	141	139
Schweiz	Juni 1914	125	117	138	131
Japan (i. Gold)	Juli 1914	89	65	78	59
USA. (i. Gold)	1913	102	79	124	95
Tschechoslowakei (Orag)	Juli 1914	99	96	102	101

Eine der am stärksten ins Gewicht fallenden — keineswegs aber die alleinige — Ursache für die Differenzierungen der Preisentwicklung in den verschiedenen Ländern ist zweifellos die intervalutarische Entwicklung der letzten Jahre. Mit der Aufgabe des Goldstandards durch die Bank von England am 21. September 1930 setzte eine Abwertungswelle ein, die in Europa die Staaten Dänemark, Norwegen, Finnland und Portugal erfaßte. Außerhalb Europas folgten in kurzer Zeit die meisten britischen Dominions und Kolonien dem Beispiel des Mutterlandes. Ferner schlossen die unter englischem Einfluß stehenden Länder Ägypten und Siam ihre Währungen den Bewegungen des Pfundes an. Nur die Südafrikanische Union hielt noch ein Jahr hindurch am Goldstandard fest. Kanada manipulierte den Kurs seiner Währung so, daß er sich stets in der Mitte zwischen Pfund- und Dollarkurs bewegte. Unter den südameri-

[41]) Wenn hier und im folgenden die Preisniveaus einzelner Länder verglichen werden, so wird damit eine etwas grobe Vereinfachung der Zusammenhänge vorgenommen. Denn für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen ist ja nicht der Durchschnitt der Gesamtheit aller Preise oder einer Vielzahl repräsentativer Preise entscheidend, sondern die Größe der Differenzen, die zwischen den Preisen der Waren und Warengruppen bestehen, die bei Preisänderungen ausfuhr- bzw. einfuhrfähig werden. Und erst durch die Wirkungen, die von diesen „Grenzwarengruppen" ausgehen, wird schließlich auch die Gesamtheit der Preisverhältnisse beeinflußt.

kanischen Staaten erfuhren Argentinien und Bolivien einen scharfen Sturz ihrer Währungen.

Japan, das erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit unter großen Schwierigkeiten zur Goldwährung zurückgekehrt war, gab darauf im September 1931 die Goldparität wieder auf und ließ seine Währung weit tiefer absinken als irgendein anderes Land.

Eine neue Störung der intervalutarischen Währungsverhältnisse ging von der Aufhebung des Goldstandards in den Vereinigten Staaten am 19. April 1933 aus. Nicht allein, daß durch die Abwertung des Dollars die Konkurrenzlage auf den Weltmärkten stark verschoben wurde, — die dauernde Unklarheit über die endgültigen Ziele der amerikanischen Währungspolitik schuf ein ständiges Moment der Unsicherheit, das die wirtschaftliche Entwicklung aufs stärkste beeinträchtigen mußte. Demgegenüber war die Abwertung der Tschechenkrone im Sommer 1934 nur von geringer Tragweite.

Den Veränderungen der intervalutarischen Kurse folgten bisher keine Preisänderungen von entsprechendem Ausmaß im Inland. Die Preiserhöhungen in den Abwertungsländern setzten erst nach längerer Zeit ein und blieben verhältnismäßig hinter den Währungsänderungen zurück [42]).

Wenn im internationalen Wirtschaftsverkehr volle Preiszügigkeit bestehen würde, müßte sich in kürzerer oder längerer Zeit ein Ausgleich dieser Preisdifferenzen zwischen den einzelnen Ländern durchsetzen — möglicherweise unter katastrophalen Folgen für ganze Wirtschaftsgebiete. Doch der „Ausgleichsmechanismus“ — der zwar, wie betont werden muß, niemals völlig „reibungslos“ funktioniert hat, aber doch früher durchaus wirtschaftsregelnde Funktion erfüllte —, ist gegenwärtig durch die Bewirtschaftung des Zahlungsverkehrs in einer größeren Anzahl von Staaten und durch die weitgehende Ausschaltung der internationalen Konkurrenz in einem starken Ausmaß außer Kraft gesetzt.

Durch die enge wechselseitige Verbundenheit zwischen den Währungssystemen der einzelnen Länder wurden früher bei einem unverhältnismäßig hohen Preisanstieg in einem oder mehreren Ländern stets Gegenwirkungen ausgelöst, die das Entstehen übergroßer Preisdifferenzen hemmten. Solange das System der Goldwährungen funktionierte, erzwangen Zunahme oder Abnahme der Währungsreserven in der Regel eine Expansion oder Kontraktion der Umlaufsmittel in den davon betroffenen Ländern, die zu einer Wiederanpassung der Preisrelation führte; oder der Ausgleich kam über eine Verschiebung der intervalutarischen Kurse zustande.

Dieser Zusammenhang der Währungssysteme, der in der Hauptsache auf der gemeinsamen Goldwährung beruhte — natürlich aber

---

[42]) Vgl. z. B. Max Drews, „Passiver Außenhandel Deutschlands“, „Wirtschaftsdienst“ Nr. 32 vom 10. August 1934.

auch auf einer anderen Grundlage denkbar ist —, war nach der Beendigung des Weltkrieges und der Überwindung der ersten Nachkriegsschwierigkeiten nur unvollkommen wiederhergestellt worden. Nur die wenigsten Länder, wie z. B. Schweden und Norwegen, hatten das Prinzip der reinen Goldwährung aufrechterhalten. Die Länder, die während des Weltkrieges den Goldstandard aufgegeben hatten, gingen zu einer modifizierten Form der Goldwährung, der Golddevisenwährung, über, die jetzt das vorherrschende System wurde.

Die Golddevisenwährung unterscheidet sich von der reinen Goldwährung darin, daß die unmittelbare „automatische" Auswirkung internationaler Goldbewegungen auf die Preisentwicklung in den davon betroffenen Ländern, wie sie bei der reinen Goldwährung eintritt, bei ihr nicht mehr vorhanden ist. Eine klare und eingehende Beschreibung dieses Unterschiedes zwischen der reinen Gold- und der Golddevisenwährung gibt J. Soudek [43]):

„In einem System reiner Goldwährungen werden alle Gleichgewichtsstörungen in den wirtschaftlichen Beziehungen zweier Länder mit Hilfe des Goldes ausgeglichen. Hat z. B. ein Land A infolge zu starker Kreditausdehnung höhere Preise als das Land B, so wird das Land B in das Land A Waren ausführen und als Bezahlung dafür eine entsprechende Menge Goldes empfangen. Das Land A wird also gezwungen sein, seinen Zinssatz zu erhöhen, um die Kreditausdehnung abzustoppen, die Preise werden sinken, die Handelsbilanz wird aktiv oder mindestens ausgeglichen sein und damit die Goldausfuhr wieder aufhören. Ähnlich verhält es sich mit der Kredithingabe eines Landes an das andere: Hat das Land B höhere Zinssätze als das Land A, so wird Gold zur Anlage in B abströmen, bis durch eine Erhöhung des Zinssatzes im Lande A die Auslandsausleihungen wieder aufhören oder sich zum mindesten auf dem bisherigen Niveau halten.

„Ganz anders verhält es sich aber, wenn an die Stelle des Goldes auch Devisen treten. Devisen — etwa in Form von Wechseln auf das Ausland — sind das Ergebnis eines zwischenstaatlichen Kreditverkehrs. Sie werden vom Kapitalgeberlande zur Kredithingabe an das Kapitalnehmerland geschaffen und bleiben so lange bestehen, als das Kreditverhältnis zwischen den beiden Ländern andauert. Die Hingabe von Devisen durch das Kapitalgeberland hat also nicht zur Folge, daß sich die Kreditmenge des Geberlandes verkleinert, wie das bei reiner Goldwährung der Fall wäre, wo ein Goldabfluß aus dem Geberland in das Nehmerland stattfände. Vielmehr tritt durch die Devisenwanderung nur eine Vermehrung der Kreditmittel im Nehmerland ein, während zugleich im Geberland die Devisen als Einlagen der Kreditgeber erscheinen. Damit bleibt also eine wichtige Wirkung von Kapitalwanderungen aus, die in

---

[43]) Vgl. Josef Soudek, „Krisenerfahrung mit der Devisenwährung". „Die Wirtschaftskurve" 11. Jahrg. Heft 1, 1932, S. 63.

der Goldwährung die Ausgleichsfunktionen vollzieht: es tritt nämlich im Geberland keine Verknappung der Kreditmittel ein und damit auch keine der Folgen, die mit einem Goldabzug verbunden sind, wie Zinserhöhung, Illiquidität usw. Dies wäre nur dann der Fall, wenn den Auslandsguthaben ein geringerer Liquiditätscharakter zuerkannt würde. Hingegen wirkt sich der Zugang an Devisen in dem Nehmerland durchaus in derselben Weise aus wie ein Goldzustrom; durch Einreichung der Wechsel bei der Notenbank und durch ihre Verwendung als Deckungsmittel wird die ‚Golddecke' gestreckt und es besteht die Möglichkeit, auf Grund der erhöhten Deckung mehr Kredit zu gewähren."

„Der wesentliche Unterschied zwischen Gold- und Golddevisenwährung besteht also darin, daß sich bei Goldwährung das Kreditvolumen im Geberland durch Goldabfluß im selben Maße verengt, wie es im Nehmerland sich ausweitet, während beim Devisenstandard das Kreditvolumen im Geberland unverändert bleibt, sich im Nehmerland aber um den Betrag des Kredites ausweitet. Die Wirkung der Devisen ist also einseitig, nämlich nur im Nehmerland vermehrend, während die des Goldes zweiseitig ist, sowohl verknappend wie ausweitend."

Diese Gefahren, die mit der Golddevisenwährung verbunden sind, sind zwar stets erkannt worden, — auf der Konferenz von Genua im Jahre 1932 wurde ihre Einführung lediglich als Notmaßnahme vorgeschlagen, und wiederholt, z. B. 1928 im Bericht der Schweizer Nationalbank wurde darauf hingewiesen, daß durch die Einführung der Devisendeckung bei den Zentralbanken eine Verbundenheit zwischen den an der Weltwirtschaft beteiligten Ländern geschaffen würde, die bei einer Erschütterung dieser Beziehungen große Gefahren nach sich ziehen müßten.

Aber es wurden keinerlei Maßnahmen getroffen, um ihnen zu begegnen. Das internationale Kreditsystem wurde in der Zeit von 1925 bis 1929, ausgehend von der amerikanischen Kreditexpansion, übermäßig aufgebläht und vergrößerte sich auch nach dem Ausbruch der Börsenkrise des Jahres 1929 trotz des Aufhörens des Devisenzustroms aus den Vereinigten Staaten weiter, da jetzt von England, Frankreich und den kleineren Gläubigerländern stärkere Kredite gewährt wurden. Doch nach dem Zusammenbruch der mitteleuropäischen Großbanken im Sommer 1931 wurden jetzt die Kredite plötzlich zurückgezogen und eine scharfe Kontraktion des internationalen Kreditvolumens setzte ein. In kurzer Zeit verminderte sich der gesamte Devisenbestand der Welt um rund ein Drittel. Hierbei erwies sich wiederum eine — gegenüber der Aufschwungzeit umgekehrte — Einseitigkeit der Wirkung der Golddevisenwährung. Der Verkleinerung des Kreditvolumens im Nehmerland steht keine Vergrößerung des Kreditvolumens im Geberland gegenüber. „Mit der Beendigung des Kreditverhältnisses zwischen den beiden Ländern verschwanden auch die Guthaben im Geberland und ihre Produkte, die Devisen. Damit blieb auch jene Ausgleichswirkung aus, die

bei der Goldwährung dadurch automatisch eintritt, daß der Rückfluß des Goldes das Geberland liquidiert. Die Devisenrückkehr bleibt ohne sichtbare Rückwirkung, es sei denn, daß sie auch im Geberland kontrahiert. Der Kapital- und Goldmarkt des Geberlandes hat sich nicht verflüssigt und auch nicht die Bereitschaft geschaffen, diese Kredite wieder im Inlande anzulegen oder an das Ausland zu borgen."[44])

Der rasche Abzug der internationalen Kredite bewirkte, daß eine Reihe von Staaten notgedrungen zu einer Zwangsbewirtschaftung des Devisenverkehrs schritt. Damit wurde nicht nur der völlige Zusammenbruch des internationalen Kreditsystems dokumentiert, sondern gleichzeitig auch die unmittelbare Verbundenheit der Währungssysteme durchbrochen.

Die ersten Verordnungen, die zur Kontrolle und Bewirtschaftung des Devisenverkehrs von einzelnen Staaten erlassen wurden, trugen ausgesprochen den Charakter von Notmaßnahmen. Allgemein wurden die neuen Regelungen — die im einzelnen weitgehende Unterschiede aufwiesen [45]) — als eine vorübergehende Erscheinung gewertet, auch dort, wo die Devisenzwangswirtschaft mit weiteren handelspolitischen Zielen verknüpft war und zum Deckmantel der verschiedenartigsten protektionistischen Bestrebungen diente. Man rechnete zunächst damit, daß sich die gefährlichen Spannungen der Devisenbilanzen, die im Sommer 1931 auftraten, in einiger Zeit überwinden lassen würden und ein Abbau der getroffenen Zwangsmaßnahmen wieder Platz greifen würde. Doch in der folgenden Zeit wurde in einer größeren Anzahl von Ländern eine weitgehende Verschärfung der Devisenbewirtschaftung notwendig.

Diese Entwicklung ist, wie im 3. Heft „Devisenpraxis im Ausfuhrgeschäft" [46]) dargelegt wird, auf zwei Hauptursachen zurückzuführen: erstens auf besondere politische Zielsetzungen; zweitens auf den Strukturwandel der Weltwirtschaft.

„Die politischen Zielsetzungen bedienten sich — wie dort dargelegt wird — nicht selten einer Verschärfung der devisenwirtschaftlichen Maßnahmen, um eine in ihrer Linie liegende gewaltsame Richtungsänderung des Außenhandels der betreffenden Länder durchzusetzen. Das beste Beispiel bietet hier die Tschechoslowakei, der es auf diesem Weg unter geschickter Ausnutzung gewisser „Sentiments" der Bevölkerung gelang, den deutschen Ausfuhrüberschuß ganz wesentlich zu vermindern."

„Der zweite Faktor trat hauptsächlich bei Agrarländern in den Vordergrund, die — wie z. B. Ungarn und Argentinien — im wesentlichen

---

[44]) Vgl. Soudek a. a. O.

[45]) Vgl. Herbert Groß, „Ausgangspunkte, Formen und Wirkungen der Devisenzwangswirtschaft". ArchSozWissSozPol. Bd. 69, Tübingen 1933.

[46]) Sonderarbeiten zur Förderung des deutschen Außenhandels. „Devisenpraxis im Ausfuhrgeschäft", hrsg. von der Reichsstelle für Außenhandel, Berlin 1934.

auf den Anbau bestimmter landwirtschaftlicher ‚Krisenerzeugnisse' ausgerichtet waren. Ihnen ist die Schaffung eines neuen wirtschaftlichen Gleichgewichtes durch die Umstellung der landwirtschaftlichen Erzeugung und durch den Aufbau heimischer Industrien nur über besondere kreditpolitische Maßnahmen im Innern möglich gewesen, die ohne weitere Abschnürung von der Außenwelt überhaupt nicht durchzuführen waren."

Die Ausbreitung der Devisenbewirtschaftung über eine Reihe von Staaten hat dazu geführt, daß durch den Zwang zum Ausgleich der Devisenbilanzen mit einzelnen Ländern das Preismoment beim Warenverkehr seine ausschlaggebende Bedeutung verloren hat und gegenüber dem Devisengesichtspunkt völlig in den Hintergrund gedrängt ist[47]).

Gegenwärtig ist die Entwicklung der staatlichen Bewirtschaftung des Zahlungsverkehrs wenig einheitlich. Die Tendenz zur Erweiterung des staatlichen Einflusses auf den internationalen Zahlungsverkehr hält unverkennbar weiter an. Doch die Erweiterung des allgemeinen Rahmens der Devisenbewirtschaftung fällt im Einzelfall nicht immer mit einer Verschärfung zusammen.

d) Mengenmäßige Einfuhrregulierungen und ihre Folgen

Die Devisenzwangswirtschaft ist nur eine aus der Reihe der Maßnahmen, die dem Preis- und Goldausgleich zwischen den verschiedenen Volkswirtschaften entgegenwirken.

Allgemein erfuhren die Hemmungen und Erschwerungen des internationalen Wirtschaftsverkehrs, die bereits seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts wieder angestiegen waren und nach Beendigung des Weltkrieges dauernd zunahmen, nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise und besonders seit dem Sommer 1931 eine ganz plötzliche Verschärfung und Ausweitung, so daß von einem grundlegenden „Methodenwandel der Handelspolitik gesprochen werden kann[48]).

---

[47]) Welches Ausmaß die Preisverschiebungen in Einzelfällen erreichen können, zeigt folgendes Beispiel: Als sich im Sommer des Jahres 1934 die Devisenbilanz Deutschlands gegenüber den britischen Ländern ungünstig gestaltet hatte, in Ungarn aber größere Beträge auf den Warenverkehrs- und Sperrpengökonten zur Verfügung standen, war es für die deutsche Textilindustrie vorteilhaft, größere Mengen an Wolle auf den ungarischen Auktionen aufzukaufen, obwohl hier die Preise auf diese Käufe hin etwa 100% über den Weltmarktpreisen standen.

[48]) Vgl. besonders Walter Greiff, „Der Methodenwandel in der europäischen Handelspolitik während des Krisenjahres 1931", Berlin 1932; derselbe, „Die neuen Methoden der Handelspolitik", Berlin 1934; E. Respondek a. a. O.;

Verschiedene protektionistische Maßnahmen, unter denen die Zölle die wichtigsten waren, hatten zwar stets — auch in der Zeit des vorherrschenden Liberalismus — bestanden und dahin gewirkt, daß niemals ein völliger Preisausgleich zwischen den in die Weltwirtschaft verflochtenen Volkswirtschaften eintrat. Fast in jedem Staate wurde eine Reihe von Wirtschaftszweigen durch handelspolitische Maßnahmen gegen die Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Konkurrenz geschützt und gefördert. Aber die allgemeinen Preisveränderungen wirkten sich stets — wenn auch infolge der Zölle und anderer protektionistischer Maßnahmen für verschiedene Waren größere Preisdifferenzen bestanden — in den Preisgefügen der einzelnen Volkswirtschaften aus. Die Parallelität der Preisveränderungen herrschte gegenüber einzelnen Sonderbewegungen durchaus vor. Diese Verbundenheit der Preisgestaltung wurde durch die Entwicklung im Ablauf der Weltwirtschaftskrise und die Anwendung der neuen handelspolitischen Methoden durchbrochen.

Durch die außerordentlichen Preisschwankungen und zahlreichen Veränderungen im Wirtschaftsgefüge der verschiedenen Volkswirtschaften und die Umgestaltung der weltwirtschaftlichen Beziehungen war die Schutzwirkung der bestehenden, zumeist durch langfristige Verträge festgelegten Zölle in einem weitgehenden Ausmaß aufgehoben worden. Die verschiedenartigsten und schwierigsten Zollkonstruktionen, zu denen man jetzt überging, mußten sich bei der außerordentlich schwankenden Wirtschaftslage gleichfalls als unwirksam erweisen. Um die bisher geschützten einheimischen Produktionszweige nicht dem weltwirtschaftlichen Konkurrenzdruck auszusetzen, ging jetzt eine Anzahl von Staaten dazu über, die Einfuhr gewisser Waren und Warengruppen mengenmäßig zu kontrollieren. Das Hauptmittel hierfür war neben dem Handelsmonopol, das nur in Einzelfällen, wie in Persien, eingeführt wurde, und Sondermaßnahmen, wie dem Beimischungszwang und Verwendungszwang, die Einfuhrkontingentierung[49]).

Diese Form der handelspolitischen Restriktion wurde vor allem von Frankreich entwickelt, da bis zu Beginn des Jahres 1934 von insgesamt 1100 Tarifpositionen seines Zolltarifs 700 der Kontingentierung unterworfen hatte. Sie gelangte außerdem noch während des Jahres 1933 in allen europäischen Ländern mit Ausnahme der vier skandinavischen Staaten, Litauens, Bulgariens, Jugoslawiens, Italiens und Portugals zur Anwendung. Die außereuropäischen Staaten hielten sich jedoch zumeist von einer Kontingentierung ihrer Einfuhr frei.

Gottfried Haberler, „Der internationale Handel, Theorie der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge sowie Darstellung und Analyse der Außenhandelspolitik". Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaften, Berlin 1932.

[49]) Vgl. Kurt Häfner, „Die Politik mengenmäßiger Einfuhrregulierung." Weltwirtschaftliches Archiv 1934.

Die Kontingentierungssysteme der verschiedenen Staaten weisen natürlich im einzelnen große Verschiedenheiten auf. In fast allen Ländern, die zur Devisenbewirtschaftung übergegangen waren, wurde die Kontingentierung der Wareneinfuhr mit der Devisenzwangswirtschaft verbunden. Deutschland stellte dagegen lange Zeit hindurch als einziges Land sein Devisenbewirtschaftungssystem ausschließlich auf die Verhinderung von Spannungen in der Devisenbilanz ab und führte zunächst eine allgemeine Beschränkung der Devisenzuteilung durch, ohne bestimmte Länder oder Waren zu diskriminieren. Doch die Verschlechterung seiner Devisenlage, die bei einer Beibehaltung dieses Systems zur Gefährdung der Einfuhr lebensnotwendiger Waren geführt hätte, erzwang eine Änderung der Restriktionspolitik. Mit dem „Neuen Plan" ist auch Deutschland endgültig dazu übergegangen, die Devisenbewirtschaftung mit der mengenmäßigen Regulierung seiner Einfuhr zu verkoppeln.

In der gleichen Weise wie die Einfuhrkontingente wirken auch die internationalen Kartellabreden über Marktaufteilung und Gebietsschutz, die ja zum größten Teil von entsprechenden protektionistischen Maßnahmen der Staaten begleitet sind. Diese Kartellabreden, die schon seit längerer Zeit in Übung sind, können in gewisser Weise als die Vorläufer der allgemeinen mengenmäßigen Einfuhrregulierung angesehen werden.

Gegenüber den anderen, schon früher angewandten protektionistischen Maßnahmen stellt die mengenmäßige Regulierung der Einfuhr einen „systemwidrigen Eingriff in die Marktwirtschaft" dar [50]). Während bei den Zöllen die marktwirtschaftlichen Ausgleichsfaktoren innerhalb eines bestimmten Spielraums immer noch wirksam sind, treten sie hier entweder selbst außer Kraft oder müssen zur Unterbindung weiterer wirtschaftlicher und sozialer Schäden ausgeschaltet werden. Während man bei den Zöllen den Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage über den Preis abwarten darf, weil hier die Preisentwicklung begrenzt und im wesentlichen im voraus zu übersehen ist, kann durch die Kontingentierung eine überaus gefährliche Preisentwicklung ausgelöst werden: einerseits fällt bei der Einfuhrkontingentierung zwar die verteuernde Wirkung der Zölle fort. Ist das Angebot der kontingentierten Ware auf dem Weltmarkt und die Elastizität der Nachfrage nach dieser Ware im Inlande sehr groß, dann ist es denkbar, daß das gesamte Kontingent zum Weltmarktpreis an den Verbraucher gelangt. Ist aber die Nachfrage nach der betreffenden Ware starr, dann wird der Preis im Inlande wesentlich höher sein als auf dem Weltmarkt. Wollte man hier den Ausgleich von Angebot und Nachfrage dem „freien Spiel der Kräfte" überlassen, dann müßten im Gefolge der Kontingentierung vielfach extreme Preissteigerungen eintreten, die die Existenz ganzer Wirtschaftszweige und Bevölkerungsgruppen gefährden könnten. Infolgedessen

[50]) Vgl. Häfner a. a. O. S. 18.

muß die Einfuhrkontingentierung gleichzeitig von entsprechenden Preis- und Mengenkontrollen im Inlande begleitet sein.

So verbindet sich hier — und das ist ein entscheidendes Moment des Methodenwandels in der Handelspolitik — die Regulierung der Einfuhr mit binnenwirtschaftlichen Maßnahmen, die an verschiedenen Stellen des Produktionsprozesses und Güterumlaufs angesetzt werden. Auch bei den Maßnahmen zur Förderung der Ausfuhr — die ebenfalls ein Produkt der neuen handelspolitischen Entwicklung darstellen — finden wir die gleiche Verbindung von binnenwirtschaftlichen und außenwirtschaftlichen Regulierungsmaßnahmen.

Die Kontrolle und Lenkung des Wirtschaftsprozesses im Inlande führt natürlich zu neuen Verschiebungen und Verlagerungen, die ihrerseits wieder weitere außenwirtschaftliche Regulierungsmaßnahmen notwendig machen. So erleben wir vielfach eine von Stufe zu Stufe fortschreitende Regulierung der Binnenwirtschaft und Außenwirtschaft, die sich zum Teil auf planmäßig gesetzte Ziele zu entwickelt, teilweise aber nur die ungewollte Folge vorausgegangener Regulierungsmaßnahmen ist.

e) Wiederangleichung des Preisstandes oder Fortdauer der Preisdifferenzen?

In welchem Ausmaß der Welthandel im einzelnen bereits der mengenmäßigen Regulierung unterliegt, läßt sich kaum exakt abschätzen. Ganz allgemein wird man feststellen müssen, daß der Welthandel zu einem beträchtlichen Teil nicht mehr „adäquater Ausdruck von Preis- und Kapitalbewegung ist", sondern das Objekt devisen- und handelspolitischer Regulierungsmaßnahmen[51]). Daneben besteht jedoch für weite Wirtschaftsgebiete und gewisse Warengruppen die weltwirtschaftliche Preis- und Konkurrenzgesetzmäßigkeit weiter fort.

Wie sich dieses Nebeneinander zweier verschiedener Wirtschaftssysteme im internationalen Warenverkehr auf die Dauer auswirken wird, ist gegenwärtig noch nicht zu übersehen. Es ist denkbar, daß die Regulierung des Zahlungsverkehrs und Güteraustausches sich weiter fortsetzt und sich schließlich über die gesamten weltwirtschaftlichen Handelsverflechtungen erstreckt. Es ist aber auch ebensogut möglich, daß die Regulierungen auf ihr gegenwärtiges Ausmaß beschränkt bleiben und sich die beiden Wirtschaftssysteme nach Überwindung der Übergangsschwierigkeiten aufeinander einspielen. Schließlich ist es auch nicht ausgeschlossen, daß nach Überwindung der Krise die verschiedenen Restriktionsmaßnahmen allmählich wieder abgebaut werden.

---

[51]) Vgl. John Brech, „Der neue Merkantilismus". Wirtschaftsdienst Heft 26 vom 28. Juni 1934.

Eine Prognose ist hier um so schwieriger, als die Kontrolle und Regulierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen nur teilweise wirtschaftlich bedingt ist. Sie ist zu einem wesentlichen Teil primär durch politische Momente bestimmt. Man bedient sich vielfach der devisenwirtschaftlichen und ebenso auch der anderen handelspolitischen Maßnahmen, um gewaltsam Richtungsänderungen des Handelsverkehrs der betroffenen Länder zu erzwingen [52]).

Obwohl gewisse Tendenzen zur Angleichung von Land zu Land auch gegenwärtig unverkennbar sind, müssen die Aussichten für eine erneute Vereinheitlichung der internationalen Preisgestaltung vorerst als gering eingeschätzt werden. Dadurch, daß heute die Mehrzahl der am Welthandel beteiligten Länder ihre Währungen abgewertet haben, hat sich zwar innerhalb des weltwirtschaftlichen Rahmens ein neuer Preisstand herausgebildet, in dem, ganz grob geschätzt, die Sterlingpreise ungefähr den Durchschnitt bilden. Demgegenüber hat sich die Preisstreuung und das gesamte Preisgefüge stark gewandelt.

Selbst innerhalb des Sterling-Blocks weist die Preisentwicklung für verschiedene Waren und in den einzelnen Ländern weitgehende Unterschiede auf [53]).

Für den Ausgleich der Preisunterschiede, die durch die Währungsmanipulierung verursacht sind, sind drei Möglichkeiten denkbar:

1. Im Zuge einer allgemeinen wirtschaftlichen Belebung könnte sich in den Abwertungsländern und auf dem Weltmarkt eine Preiserhöhung durchsetzen, während die Preise in den Goldländern gleichzeitig relativ stabil bleiben.

2. Die Goldländer führen durch Deflation und Lastensenkung einen Preisabbau durch, der den Währungsabwertungen entspricht.

3. Die Goldländer werten ihre Währung gleichfalls ab.

Die Aussichten für die Verwirklichung der ersten Möglichkeit können trotz der verschiedenen Ansätze zu Preissteigerungen nicht allzu hoch veranschlagt werden; denn die Läger, die sich während der Krise und Depression angesammelt haben, sind noch nicht völlig liquidiert und die Überkapazität für die Produktion verschiedener für den Welthandel wichtiger Waren ist noch nicht völlig beseitigt. Andererseits muß zweifelhaft erscheinen, ob die Goldländer in der Tat bei einer starken Steigerung der Weltmarktpreise ihr Preisniveau stabil halten können.

Es ist auch kaum anzunehmen, daß die zweite Möglichkeit verwirklicht wird. Die Goldwährungsländer sind zwar aus Wettbewerbsgründen bestrebt, den Preisvorsprung der Abwertungsländer auszugleichen oder zum mindesten zu vermindern. Doch die hierbei erzielten Erfolge halten

---

[52]) Nicht völlig zu Unrecht bezeichnet N. M. Butler ("Between two worlds", New York 1934) die Weltkrise und ihre Auswirkungen als einen „Krieg ohne militärische Waffen".

[53]) The Sterling Era. The Economist, 24. November 1934.

sich in sehr engen Grenzen [54]). Es ist kaum anzunehmen, daß in der nächsten Zeit größere Preissenkungen in den Goldländern eintreten werden, zumal in letzter Zeit in fast allen Goldländern, selbst in der Schweiz, die Bestrebung nach einer Stärkung des Binnenmarktes, Förderung notleidender Wirtschaftszweige durch staatliche Unterstützung und eine liberalere Kreditgewährung sowie nach allgemeinen staatlichen Ankurbelungsmaßnahmen wieder stärker in den Vordergrund treten.

Demgegenüber wird vielfach eine Abwertung der Goldwährungen als der gangbarste Weg zur Wiederherstellung eines internationalen Preisniveaus gehalten; so zum Beispiel von Gestrich [55]), der dabei allerdings ausdrücklich von allen politischen Schwierigkeiten und Hemmungen absieht, die gegenwärtig den Welthandel belasten.

Dagegen läßt sich jedoch einwenden, daß die Frage, ob Devalvation als konjunkturpolitisches und namentlich ausfuhrpolitisches Instrument verwendbar sei, letzten Endes ein Rechenexempel ist, dessen Lösung sich aus einer Gleichung mit einer Vielzahl von Unbekannten ergibt [56]). Die Größen aber, die zur Lösung dieses Exempels an Stelle der Unbekannten einzusetzen sind, haben in jedem Lande einen anderen Wert, so daß die Gesamtlösung für jedes Land zu einem anderen Ergebnis führt. Dabei bleibt die Frage offen, ob die ausfuhrpolitischen Vorteile, die von der Abwertung erwartet werden, nicht durch andere wirtschaftliche Nachteile verkleinert werden und ob nicht das gleiche Maß von Ausfuhrförderung durch andere, nicht durch die Nachteile der Devalvation belastete Maßnahmen erreichbar sei.

Ob sich einzelne oder alle Goldländer zu einer Abwertung entschließen werden, oder sich im Hinblick auf die verschiedenen Umstände, die einer Währungsmanipulierung entgegenstehen, dazu überhaupt entschließen können, soll hier nicht näher nachgeprüft werden. Zu bedenken wäre dabei, daß unter Umständen bei einer Devalvation der Goldwährungen die Abwertungsländer nunmehr auch ihrerseits zu neuen Währungsmanipulierungen schreiten könnten und so der währungspolitische Kampf weiter fortgesetzt würde [57]).

Entscheidend für die Beurteilung der gegenwärtigen Lage der Weltwirtschaft ist aber, daß die intervalutarische Entwicklung, wie oben bereits dargelegt, nicht die einzige Ursache der unterschiedlichen Preisentwicklung ist. Die Wirtschaftspolitik einer größeren Anzahl von Staaten, darunter an erster Stelle Deutschland,

---

[54]) Vgl. Wirtschaft und Statistik Nr. 21, 1. Novemberheft 1934.

[55]) Hans Gestrich, „Geldpolitik und Weltwirtschaft", Berlin 1934.

[56]) Vgl. Kurt A. Hermann, „Devalvation als konjunkturpolitisches Experiment". Bankarchiv Nr. 13 vom 1. April 1934.

[57]) Vgl. F. Grüning, „Neue Gedanken zur Währungsfrage". „Die deutsche Volkswirtschaft — Nationalsozialistischer Wirtschaftsdienst" Nr. 20, 2. Juliheft 1934. — Derselbe, „Goldwährungsländer und Devalvationsländer im Kampf um den Weltmarkt". „Wirtschaftsdienst" Nr. 34 vom 24. August 1934.

zielt bewußt darauf ab, die inländische Preisgestaltung für bestimmte Waren und Warengruppen vom „Weltmarktpreis" unabhängig zu machen. Davon ausgehend, daß ein hoher Lebensstandard eines Volkes seine Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt nicht zu behindern braucht [58]), und daß die ganze alte Weltwirtschaft nur „organisierter Lohndruck" sei [59]), wird in Deutschland und bestimmten anderen Staaten eine neue Wirtschaftsordnung angestrebt, die dahin zielt, daß das Preisgefüge im Inlande unabhängig von internationalen Einwirkungen und unter Berücksichtigung der besonderen sozialen Bedürfnisse innerhalb dieses Landes gestaltet werde.

Mit der mengenmäßigen Einfuhrregulierung und dem Ausbau der Preiskontrolle sind den Staaten in der Tat die Mittel gegeben, die Preisgestaltung einzelner Waren und Warengruppen der unmittelbaren Einwirkung weltwirtschaftlicher Faktoren zu entziehen [60]).

Die Entwicklung ist gegenwärtig noch zu sehr im Fluß, um bereits erkennen zu lassen, wie dieses Nebeneinander der beiden verschiedenen Wirtschaftsformen im Welthandel sich weiter entwickeln wird, zumal die Entscheidung hierüber im wesentlichen von politischen Momenten abhängt.

Es läßt sich auch noch nicht völlig übersehen, wie sich die Anwendung der neuen handelspolitischen Methoden für die einzelnen Volkswirtschaften auswirken wird. Gewiß ist der unmittelbare Zusammenhang zwischen Inlands- und Weltmarktpreisen für verschiedene Waren und Warengruppen in größeren Wirtschaftsgebieten durchbrochen und auch der internationale Preisausgleich weitgehend außer Funktion ge-

---

[58]) Vgl. Grüning a. a. O.

[59]) Vgl. Nonnenbruch, „Weltwirtschaft und deutscher Sozialismus". „Völkischer Beobachter" Nr. 272 vom 29. Sept. 1934.

[60]) Ein besonderes Beispiel für die Unabhängigkeit der nationalen Preisgestaltung ist die Entwicklung des Getreidepreises, der in vielen Ländern vom Staate überwacht und durch Stützungsmaßnahmen beeinflußt wird. Während früher trotz der — im Verhältnis zu den Zöllen für andere Waren — recht hohen Getreidezölle der „Weltmarktpreis" immer noch ausschlaggebend war und selbst im Jahre 1929 die Weizenpreise in den verschiedenen Ländern nur um etwa 10% voneinander abwichen, kostete im Jahre 1932, in Goldwährung berechnet, Weizen in England ein Viertel, in den Vereinigten Staaten ein Drittel mehr, in Frankreich zweieinhalbmal, in Deutschland dreimal soviel wie in Kanada. Diese unterschiedliche Entwicklung des Weizenpreises stellt natürlich einen besonders prägnanten Fall dar, und man muß sich stets vor Augen halten, daß — wenn man den Welthandel als Gesamtheit betrachtet — die Waren und die Wirtschaftsgebiete, für die die Einfuhr und Preisgestaltung weitgehend reguliert ist, bisher nur einen Sektor darstellen, neben dem sich ein anderer Sektor befindet, der einen weit geringeren Grad der Regulierung aufweist. Die großen internationalen Märkte für industrielle Rohstoffe zeigen beispielsweise immer noch vorwiegend eine einheitliche Preisgestaltung, wenn auch im einzelnen Sonderpreise und kontingentierte Lieferungen vereinbart werden.

gesetzt. Aber damit ist natürlich noch keineswegs jede Beziehung zwischen der binnenwirtschaftlichen und internationalen Preisentwicklung aufgehoben. Die mannigfaltigsten Wechselwirkungen bestehen — soweit in Einzelfällen der unmittelbare Zusammenhang gelockert oder verschwunden sein mag — weiter fort. Nur in einem Lande, das völlig autark wäre und sich gänzlich vom Welthandel abschlösse, würde jeder Zusammenhang zwischen der Binnenwirtschaft und der Preisentwicklung auf dem Weltmarkt verschwinden. Soweit nun im einzelnen eine „Autarkisierung" eingetreten ist — d. h. in einem Lande Güter produziert werden, die bisher aus dem Ausland bezogen wurden, ohne daß dafür neue ausländische Lieferungen notwendig werden —, muß eine Abschwächung der wechselseitigen internationalen Verbundenheit die Folge sein. Wieweit nun aber wirklich die Autarkisierung, die sich für eine Reihe von Wirtschaftszweigen aus verschiedenen Ländern im Laufe der letzten Jahre eingestellt hat, als Dauererscheinung zu beurteilen ist, muß noch dahingestellt bleiben. Denn das ökonomische Kräftesystem der Welt ist ständigen Umbildungen und Umlagerungen mit wechselnden Spannungen und Widerständen unterworfen [61]).

Die Wirtschaftsgeschichte zeigt, daß sich im Laufe der Entwicklung neu erschlossener Länder nach Ablauf einiger Zeit in der Regel eine gewisse Autarkisierung eingestellt, bald darauf aber wieder eine zunehmende Verflechtung in die Weltwirtschaft Platz gegriffen hat. Ebenso ist auch denkbar, daß die Rückbildung der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung, die sich als Folge der Hemmung des zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehrs in einigen Ländern eingestellt hat, und die Tendenzen zur Autarkisierung, die bereits zu einer gewissen Industrialisierung der Agrarländer und Reagrarisierung der Industrieländer geführt haben, nach einiger Zeit wieder von einer Intensivierung der internationalen Beziehungen abgelöst werden.

Es muß jedoch gegenwärtig als unmöglich erscheinen, daß die Kontroll- und Regulierungsmaßnahmen plötzlich wieder abgebaut werden, selbst wenn die Mehrzahl der Staaten dazu entschlossen sein sollte. Innerhalb der verschiedenen Volkswirtschaften ist ja die Entstehung des neuen Preisgefüges zugleich mit der Herausbildung neuer Kostenrelationen [62]) und weitreichender sozialer Umschichtungen verbunden. Würde man jetzt die preisgeschützten Wirtschaftszweige dem internationalen Wettbewerb unver-

---

[61]) Vgl. Wilhelm Gerloff in „Autarkie als wirtschaftliches Problem". In „Autarkie"? 5 Vorträge von Carl Brand, Walter Eucken, Wilhelm Gerloff, Carl Lange, Rudolf Löb, Berlin 1932.

[62]) Über die Bedeutung der Kostenschichtung für handelspolitische Schutzmaßnahmen vgl. besonders Richard Schüller, „Zur Theorie der Handelspolitik", Wien 1928.

mittelt wieder aussetzen, dann müßten hohe Kapitalverluste und weittragende soziale Erschütterungen die Folge sein.

Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß der internationale Wirtschaftsverkehr sich den neuen Verhältnissen allmählich anpaßt. Die Rückbildung der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung und damit die Schrumpfung des Welthandels und die Lockerung des internationalen Konjunkturzusammenhanges ist ja zu einem wesentlichen Teil auf die unmittelbaren Krisenwirkungen und vor allem auf die Übergangsschwierigkeiten zurückzuführen, die mit dem handelspolitischen Methodenwechsel verbunden waren und nunmehr allmählich überwunden werden.

Die außerordentlichen Schwierigkeiten, die in der ersten Zeit nach der Einführung des Kontingentierungssystems zu beobachten waren und zu großen Unzuträglichkeiten führten, so daß ständig Verhandlungen und Abänderungen notwendig waren[63]), sind, wenn auch noch nicht endgültig behoben, so doch wenigstens ihrer schädlichsten Nebenwirkungen entkleidet.

Auch in der Devisenbewirtschaftung läßt sich trotz gewisser Verschärfungen der devisenpolitischen Bestimmungen eine gewisse Lösung der Handelsstarre erkennen, die unmittelbar nach der Einführung der Zwangswirtschaft eintrat[64]); denn die Privatwirtschaft paßt sich immer mehr der neuen Sachlage an und der fortschreitende Ausbau der Devisensysteme führt allmählich zu einer gewissen Stetigkeit der Bestimmungen. Die Abwicklung von Kompensationsgeschäften und der Clearingverkehr geht heute gleichfalls —auch wenn sich in Einzelfällen noch immer große Unzuträglichkeiten einstellen — in wesentlich glatteren Bahnen vor sich. Die These, daß Verrechnungsabkommen und Clearingverträge die Tendenz haben, sich nach der kürzeren Bilanzseite zu regulieren[65]) und den eigentlichen Warenaustausch auf ein Mindestmaß herabzudrücken[66]), gilt heute nicht mehr unbedingt. Die Kompensations-, Verrechnungs- und Zahlungsabkommen, die in der letzten Zeit zustande gekommen sind, verschaffen dem Handel neue Entwicklungsmöglichkeiten. Trotz aller Preisbenachteiligung und anderer handelspolitischer Hemmungen zeigen vielfach auch die Außenhandelsumsätze mit Ländern, die dem Außenhandel besondere Schwierigkeiten bereiten, eine ansteigende Entwicklung. Natürlich entwickelt sich — wie schon eine flüchtige Betrachtung der neueren Handelsstatistiken der verschiedenen Länder zeigt — der Welthandel innerhalb des „regulierten Sektors“ ungünstiger als innerhalb des

---

[63]) Vgl. Carl Lange, “Autarke und handelspolitische Technik“. In „Autarkie?“

[64]) Vgl. „Devisenpraxis im Ausfuhrgeschäft“ Heft 3 S. 12.

[65]) Hans Baumgarten, „Offene Fragen der Devisenwirtschaft“. „Der deutsche Volkswirt“ Nr. 51 vom 21. September 1934.

[66]) Hjalmar Schacht in seiner Weimarer Rede, vgl. „Berliner Börsenzeitung“ vom 30. Oktober 1934.

„freien Sektors“. Doch allem Anschein nach wird diese Diskrepanz geringer.

Auf jeden Fall hat die Preisgestaltung ihre ausschlaggebende Bedeutung als regulierendes Moment der internationalen Wirtschaftsbeziehungen stark an Bedeutung verloren. Und aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Preisbewegung innerhalb der einzelnen Länder — wenn auch gewisse wechselseitige Beziehungen wirksam bleiben und im Verlaufe der Entwicklung wieder stärker in Erscheinung treten werden — zum mindesten in der nächsten Zeit starke Unterschiede aufweisen. Damit ist ein wesentlicher Faktor des internationalen Konjunkturzusammenhanges in seiner Wirkung abgeschwächt, in Einzelfällen vielleicht schon ganz ausgeschaltet.

Für die Beantwortung der Frage, ob die binnenwirtschaftlichen Belebungsmaßnahmen zur Lockerung des internationalen Konjunkturzusammenhanges beitragen, ist daher in erster Linie nachzuprüfen, ob sie zur Entstehung von internationalen Preisdifferenzen oder zur Vergrößerung bereits bestehender Preisspannen beitragen.

Zweites Kapitel.

Die staatlichen Maßnahmen zur Krisenüberwindung und ihre Wirkung auf den Außenhandel

1. Konjunkturablauf und staatliche Beeinflussung des Wirtschaftslebens

a) Die konjunkturpolitischen Maßnahmen im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftspolitik

Es ist sehr schwierig, eine exakte zusammenfassende Darstellung der Maßnahmen zu geben, die in den verschiedenen Staaten zur Überwindung der Krise und zur Belebung des Binnenmarktes eingeleitet werden. Die Besonderheiten des Krisenablaufes und der Struktur der einzelnen Volkswirtschaften ließen in jedem Einzelfall andersartige Methoden zur Anwendung gelangen. Es wäre völlig wertlos, auf Grund statistischer Erhebungen feststellen zu wollen, in welcher Form sich die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der einzelnen Staaten den besonderen Verhältnissen angepaßt und wie sich die konjunkturpolitischen Maßnahmen ausgewirkt haben, denn um eine Vergleichsmöglichkeit zu erhalten, müßten die statistischen Daten für die verschiedenen Länder auf einen Generalnenner gebracht werden, der bei der Unzahl der Fak-

toren, die in Rechnung gestellt werden müßten, stets eine fiktive Größe darstellen würde [67]).

Es ist ferner kaum möglich, die Maßnahmen, die ausschließlich oder primär der Krisenüberwindung und der Belebung des Binnenmarktes, der „Ankurbelung", dienen oder dienen sollen, von der allgemeinen Wirtschaftspolitik zu trennen. Fast überall besteht eine überaus enge Verknüpfung der reinen „Konjunkturpolitik" und der allgemeinen Wirtschaftspolitik, denn die zur Überwindung der Krise und zur Wirtschaftsbelebung eingeleiteten Maßnahmen werden stets nach Möglichkeit so ausgerichtet, daß sie gleichzeitig zur Verwirklichung anderer, weiter reichender Zielsetzungen beitragen. Jeder Versuch, unterscheiden zu wollen, welche von den Maßnahmen, die beispielsweise in den Vereinigten Staaten seit der Verkündung des "New Deal" zur Durchführung gelangen, ausschließlich oder primär konjunkturpolitisch bedingt sind, und welche auf die allgemeine Neuordnung des amerikanischen Wirtschaftslebens hinzielen, muß von vornherein aussichtslos erscheinen. Von einzelnen Maßnahmen zur Abwehr besonders dringender Gefahren abgesehen, ist das gesamte Wiederaufbau-(Recovery)Programm darauf abgestellt, sowohl das Krisentief zu überwinden, wie auch gleichzeitig die Voraussetzungen für eine Umgestaltung der Wirtschaftsform zu schaffen. In gleicher oder ähnlicher Weise ist man nahezu in allen Ländern bestrebt, die konjunkturpolitischen Maßnahmen nach Möglichkeit so zur Durchführung zu bringen, daß hierdurch eine dauerhafte Verbesserung der Wirtschaftsstruktur erzielt wird. So sind auch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die in Deutschland im Mittelpunkt der Konjunkturpolitik stehen, aufs engste verknüpft mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik. Schon in dem „Wirtschaftlichen Sofortprogramm der NSDAP" [68]) ist das eigentliche Arbeitsbeschaffungsprogramm aufs engste verbunden mit den allgemeinen wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Das eine erscheint ohne das andere undenkbar; beide stellen zwei Seiten der gleichen Aktion dar — des strukturellen Neubaues der deutschen Volkswirtschaft. „Der wirtschaftliche Wert einer Arbeit und der wirtschaftlichen Wertschaffung überhaupt darf" — wie Jaerisch [69]) es ausdrückt — „nicht mehr nur Nebenprodukt der Arbeitsbeschaffung, vielmehr muß der Rückgang der Arbeitslosigkeit gewissermaßen Nebenprodukt der Wirtschaftsplanung sein."

---

[67]) Einen gewissen Überblick über die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die allerdings nur einen Teil der gesamten, zur Krisenüberwindung eingeleiteten Maßnahmen darstellen, vermitteln die in den ersten Monaten des Jahres 1934 im „Eildienst für Außenhandel und Auslandswirtschaft" veröffentlichten Abhandlungen über „Die Arbeitsbeschaffung im Ausland".

[68]) Wirtschaftliches Sofortprogramm der NSDAP., herausgearbeitet von der Hauptleitung IV Wirtschaft der NSDAP., München 1932.

[69]) Wirtschaftsplanung und Arbeitsschlacht, Breslau 1934.

Die konjunkturpolitischen Maßnahmen, die nicht streng von den allgemeinen wirtschaftspolitischen Maßnahmen getrennt werden können, lassen sich theoretisch in zwei Gruppen scheiden: Maßnahmen zur Abwehr schädlicher Krisenwirkungen und Maßnahmen zur Überwindung der Krise und zur erneuten Erweiterung des Wirtschaftsprozesses (Ankurbelung). In der Praxis gehen natürlich diese beiden Gruppen vielfach ineinander über und ein großer Teil aller konjunkturpolitischen Maßnahmen muß zugleich der Abwehr schädlicher Krisenwirkungen und der Wiederankurbelung dienen, so vor allem die Maßnahmen, die auf eine Produktionsumstellung innerhalb einer Volkswirtschaft abzielen. Hier sollen einmal die von der Krise betroffenen Bevölkerungskreise durch Überführung in andere Produktionszweige vor wirtschaftlicher Verelendung geschützt werden, während gleichzeitig die Aufnahme neuer und die Erweiterung bestehender Produktionszweige allgemeinwirtschaftlich fördernd wirken sollen.

b) Krisenabwehrmaßnahmen und ihre Wirkung auf den Außenhandel

Unter den Krisenabwehrmaßnahmen sind in erster Linie die verschiedenen sozialpolitischen Maßnahmen zu nennen, durch die die von der Krise betroffenen Volksschichten — sei es durch Zahlung von Unterstützungen, Bereitstellung von Naturalleistungen, Einräumung von Krediten und Zinsverbilligungen u. a. m. — in ihrer Existenz gesichert werden sollen, ohne daß damit zugleich weitere wirtschaftspolitische Zwecke verfolgt werden. Auf den ersten Blick mag es scheinen, als ob diese rein sozialpolitischen Maßnahmen für unsere Fragestellung bedeutungslos sind: denn hier wird ja vor allem eine Verlagerung in der Verteilung vorhandener wirtschaftlicher Güter vorgenommen, ohne daß eine unmittelbare Einflußnahme auf den Ablauf des Wirtschaftsprozesses bezweckt wird. Doch hierbei können weittragende sekundäre Wirkungen ausgelöst werden, deren Ausmaß und Bedeutung in der Hauptsache davon abhängt, wie die Aufbringung der für die sozialpolitischen Zwecke benötigten Mittel erfolgt. Beispielsweise können, wenn die Belastung sehr stark anwächst, dadurch gewisse Preissteigerungstendenzen ausgelöst werden, die sich auf die internationale Wettbewerbstätigkeit auswirken müssen. In welcher Weise und in welchem Ausmaß dieses im Einzelfalle zu erwarten ist, wird jeweils von der wirtschaftlichen Gesamtsituation des betreffenden Landes abhängen.

Neben diesen rein sozialpolitischen Maßnahmen haben die meisten Staaten zur Abwehr und Linderung der Krisenwirkung die verschiedensten wirtschaftspolitischen Maßnahmen eingeleitet. Durch aktive Beeinflussung des Wirtschaftsprozesses soll verhindert werden, daß der Krisenablauf in einer Weise vor sich geht, durch die die wirtschaftliche Existenz verschiedener Kreise gefährdet oder sogar völlig vernichtet

werden kann. Durch Lenkung und Beeinflussung des Marktes soll der Wirtschaftsprozeß so bestimmt werden, daß der Schutz der sonst am stärksten betroffenen Kreise gewährleistet erscheint. Hier sind vor allem die verschiedenen Preisbindungen zu nennen. Daneben sind im Ablauf der letzten Krise weit stärker als in der vorhergehenden Zeit die direkten Beeinflussungen der Produktion — sei es durch Beschränkung der Herstellung gewisser Güter, sei es durch Ausweitung des Absatzes für bestimmte Waren, z. B. durch Verwendung und Beimischungszwang — in Erscheinung getreten.

Alle diese verschiedenen Maßnahmen laufen letzten Endes darauf hinaus, daß im Ablauf der Krise die freie Konkurrenz — deren Wirkung während einer Wirtschaftsschrumpfung ja völlig anders ist als in einer stabilen oder sich ausweitenden Wirtschaft — zum Schutz bestimmter Wirtschaftskreise eingeschränkt wird. Damit wird in der Regel die im Ablauf der Krise sich durchsetzende Preissenkungstendenz mehr oder minder abgeschwächt. Durch solche Maßnahmen wird also im allgemeinen das Preisniveau, soweit nicht durch sekundäre Wirkungen andere Preise nunmehr stärker absinken, auf einem höheren Niveau stabilisiert, als es sonst der Fall sein würde. Auch das dürfte unter Umständen eine gewisse Beeinflussung der internationalen Wettbewerbslage bedeuten. Wieweit dieses jedoch im Einzelfalle wirklich der Fall sein mag, ist nur schwer zu beurteilen, denn man muß hier gleichzeitig mit in Betracht ziehen, daß die ungehemmten Auswirkungen des Krisenablaufes unter Umständen eine größere Schwächung der Volkswirtschaft nach sich ziehen können, welche die internationale Wettbewerbsfähigkeit noch weit mehr gefährden würde.

Die Lenkungen und Beeinflussungen des Marktprozesses ziehen als weitere — teils unmittelbar damit angestrebte, teils als sekundäre Erscheinungen auftretende — Folge vielfach Produktionsumstellungen und Verlagerungen nach sich. Am deutlichsten zeigt sich dies in der oben wiederholt dargestellten teilweisen Tendenz zur „Reagrarisierung der Industrieländer" und „Industrialisierung der Agrarländer". Naturgemäß bleiben die Produktionsverlagerungen nicht ohne Einfluß auf den Ablauf des allgemeinen Wirtschaftsprozesses und verändern somit auch die innere Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung, so daß die Wechsellagen der Volkswirtschaft hierdurch gleichfalls in gewisser Weise modifiziert werden. Doch diese Probleme der relativen Dynamik und Konjunktur [70]) sind bisher noch zu wenig erforscht, als daß die hiermit im Zusammenhang stehenden Erscheinungen eindeutig erfaßt werden können.

Die Bestrebungen zur Ausschaltung oder Abschwächung eines übermäßigen Wettbewerbs im Krisenablauf richten sich naturgemäß in erster

[70]) N. D. Kondratieff, „Die Preisdynamik der industriellen und landwirtschaftlichen Waren — zum Problem der relativen Dynamik und Konjunktur". ArchSozWissSozPol. Bd. 60/I, Heidelberg 1928.

Linie gegen den internationalen Wettbewerb. Durch den Abschluß gegen das Ausland suchte man die heimische Produktion zu schützen, und fast in jeder Krise zeigt sich ein Anschwellen der protektionistischen Bewegung.

Die Folgen einer Erschwerung oder Ausschließung des ausländischen Wettbewerbs lassen sich weit schwerer beurteilen, als es auf den ersten Blick scheinen darf. Zunächst müßte man annehmen, daß jede protektionistische Maßnahme, die ja auf eine Absonderung aus der Weltwirtschaft hinwirken soll, eine Lockerung des internationalen Konjunkturzusammenhangs und eine Beeinträchtigung von Außenhandelstätigkeit und Binnenkonjunktur zur Folge haben muß. Doch allein schon die Tatsache, daß der Welthandel in seiner Entwicklung keineswegs nur in der verhältnismäßig kurzen Zeitspanne, in der von einem wirklich „freien" zwischenstaatlichen Warenverkehr gesprochen werden kann, anwuchs und die internationale Verflechtung — und damit auch der internationale Konjunkturzusammenhang — ebenso wie die Gleichläufigkeit von Inlandskonjunktur und Außenhandelstätigkeit in all den Jahrzehnten, in denen der Protektionismus vorherrschte, zugenommen hat, weist darauf hin, daß die Absonderungsbestrebungen aus der Weltwirtschaft — soweit sie nicht ganz radikal verwirklicht werden — in ihrem Wirkungsbereich begrenzt sind. Einer der Hauptgründe hierfür ist darin zu suchen, daß bei dem hohen Stande der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung, die sich im Laufe der Zeit herausgebildet hat, die eingeführte Ware nur zu einem verhältnismäßig geringen Teil in unmittelbarem Wettbewerb zur einheimischen Produktion steht und größtenteils eine Ergänzung der Eigenproduktion bildet. Für die Vereinigten Staaten z. B. hat Alfred Rühl [71]) in einer eingehenden statistischen Studie nachgewiesen, daß nur 10,7% der Einfuhr in unmittelbarem Wettbewerb zur einheimischen Produktion stehen. Dabei ist zu bedenken, daß die Vereinigten Staaten wahrscheinlich über den am stärksten differenzierten Produktionsaufbau aller Länder verfügen und eine äußerst vielseitige Einfuhr aufweisen.

Soweit also tatsächlich durch protektionistische Maßnahmen die Einfuhr aus dem Ausland beschränkt wird, wird in allen den Fällen, in denen die Einfuhr solcher Waren betroffen wird, die mehr eine Ergänzung der Eigenproduktion als eine Konkurrenz bilden, gleichzeitig auch eine Beeinträchtigung der Gesamtwirtschaft herbeigeführt, so daß die Schrumpfung des Außenhandels sich als allgemeine Wirtschaftshemmung auswirken muß. (Auch bei der Ausschaltung der Einfuhr von Waren, die in unmittelbarem Wettbewerb zur Eigenproduktion stehen, ergibt sich eine gewisse Beeinträchtigung der Gesamtwirtschaft, da ja

---

[71]) „Zur Frage der internationalen Arbeitsteilung. Eine statische Studie auf Grund der Einfuhr der Vereinigten Staaten." Vierteljahreshefte für Konjunkturforschung, Sonderheft 25.

die eingeführten Waren gegenüber den einheimischen Qualitäts- oder kostenmäßige Vorteile aufweisen.)

Eine Lockerung der weltwirtschaftlichen Verbundenheit kann demnach nur dort auftreten, wo es gelingt, durch den Ausbau der einheimischen Industrie bisher eingeführte Waren selbst herzustellen; und auch dann nur, wenn dieser Ausbau der Produktion gleichzeitig mit einer wirklichen Hebung der allgemeinen Produktivkraft des Landes verbunden ist, so daß nicht an Stelle der durch die Eigenproduktion ersetzten ausländischen Waren der Bezug anderer wieder notwendig wird.

In der zurückliegenden Zeit ist es nun mehrfach verschiedenen Ländergruppen gelungen, ihre Eigenproduktion auf neue Güter zu erweitern und dabei gleichzeitig ihre allgemeine Produktivkraft zu steigern; so z. B. den mittel- und westeuropäischen Staaten während der Kontinentalsperre oder verschiedenen überseeischen Ländern während des Weltkrieges. In diesen Fällen war jedoch die allgemeine Ausweitung der Produktionsfähigkeit mit einer entsprechenden Hebung der Aufnahmefähigkeit dieser Länder verbunden, so daß davon und der gleichzeitig sich durchsetzenden stärkeren weltwirtschaftlichen Differenzierungen ein neuer Anreiz zur Intensivierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen ausging.

Soweit die Verlagerung der einheimischen Produktion zur Aufnahme der Erzeugung von Gütern führt, für welche die Produktionsbedingungen wesentlich ungünstiger liegen als für die bisher betriebenen Produktionszweige, muß sie natürlich zu einer gewissen Erhöhung des Preisniveaus und damit zur Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsstellung des Landes führen.

Dabei stellen sich zu weitgehenden Produktionsverlagerungen Schwierigkeiten entgegen, die sich aus der inneren Wirtschaftsstruktur der Volkswirtschaft ergeben. So kommt z. B. Ernst von Borsig [72]) bei einer Untersuchung über die Möglichkeiten für eine Reagrarisierung Deutschlands zu dem Ergebnis, daß einer stärkeren Verschiebung des Verhältnisses zwischen Industrie und Landwirtschaft ganz bestimmte Grenzen gesetzt sind. Wegen der Ungunst des Bodens und des Klimas wäre eine solche Verschiebung mit einer Schrumpfung des Kapitals und des Volkseinkommens verbunden. Eine Reagrarisierung Deutschlands im Sinne einer Veränderung des Strukturaufbaues unserer Wirtschaft ginge infolgedessen auf Kosten unseres industriellen Sektors; eine Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion kann daher nur proportional mit der industriellen Entwicklung erfolgen.

Schwerer als alle Maßnahmen, die auf eine Ausschaltung oder Erschwerung des ausländischen Wettbewerbs abzielen, wirken sich die

---

[72]) Ernst v. Borsig, „Reagrarisierung Deutschlands?“ Eine Untersuchung über ihre Möglichkeiten und Grenzen“, Jena 1934.

Kontrollen und Beschränkungen der internationalen Kapitalbewegung aus, die nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise von einer großen Anzahl von Staaten durchgeführt wurde, um sich vor einem plötzlichen Abzug der Auslandskapitalien und den sich daraus ergebenden währungspolitischen Folgen zu schützen. Hier erfolgen direkte Eingriffe in den Ablauf des zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehrs, die eine Lockerung der bestehenden Beziehungen zur Folge haben mußten und so zur Ursache von Sonderbewegungen wurden. Dabei darf nicht verkannt werden, daß die Kapitalbewegungen selbst zum großen Teil von außerwirtschaftlichen Faktoren bestimmt waren.

c) Die Wirkung binnenwirtschaftlicher Ankurbelungsmaßnahmen auf den zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehr

Wie oben dargelegt, lassen sich neben den Maßnahmen zur Krisenabwehr die staatlichen Maßnahmen anführen, die auf eine Überwindung der Krise, zur erneuten Erweiterung des Wirtschaftsprozesses, zur Ankurbelung dienen sollen. Es ist nun bezeichnend für die verschiedenartige konjunkturpolitische Einstellung in den einzelnen Ländern, daß nur von bestimmten Staaten eine Ankurbelungspolitik planvoll betrieben wird, während ausnahmslos alle Länder weitgehende Krisenabwehrmaßnahmen eingeleitet haben.

Soweit die Ankurbelungspolitik sich auf die Förderung bestimmter Wirtschaftszweige erstreckt, sind ihre Auswirkungen ganz analog den Wirkungen der Krisenabwehrmaßnahmen zu beurteilen: Soweit die damit verbundene Produktionsverlagerung zur Belastung der übrigen Wirtschaft führt und die Produktionsbedingungen für die geförderte Industrie ungünstig sind, kann die dadurch hervorgerufene Steigerung des Preisniveaus zu einer Verschlechterung der internationalen Wettbewerbslage der betreffenden Volkswirtschaft führen. Diese Folge kann nur dann vermieden werden, wenn gleichzeitig eine allgemeine Hebung der Produktivkräfte eintritt.

Neben den Maßnahmen zur Förderung bestimmter Wirtschaftszweige lassen sich drei Hauptgruppen von Ankurbelungsmaßnahmen, die natürlich vielfach miteinander verbunden sind, unterscheiden:

1. Lastensenkung,
2. Kreditausweitung,
3. öffentliche Arbeitsbeschaffung.

Als typische Lastensenkungsmaßnahmen sind vor allem die verschiedenen Preissenkungsaktionen zu nennen, die seit der Weltwirtschaftskrise in einer ganzen Reihe von Ländern durchgeführt werden und die vor allem in den Goldblockländern — wo die Politik der Kreditausweitung und die öffentliche Arbeitsbeschaffung entsprechend der Währungspolitik dieser Länder nur in geringem Umfang durchgeführt

wird [73]) — mit besonderem Nachdruck verfolgt werden. Ein ganz typisches Beispiel der Lastensenkung stellen ferner gewisse Teile des „Papen-Programm" dar.

Die Wirkung der innerwirtschaftlichen Lastensenkung auf den Außenhandel liegt — sofern man von den sich aus den finanzpolitischen Folgen ergebenden Sekundärwirkungen absieht — klar auf der Hand. Soweit diese Politik Erfolge zeitigt und eine Produktionsverbilligung eintritt, muß sich die Belebung auf den Außenhandel — wenn sie nicht durch Gegenmaßnahmen anderer Staaten beeinträchtigt wird — in ganz ähnlicher Weise auswirken wie in der Binnenwirtschaft.

Auch die außenwirtschaftlichen Wirkungen einer Kreditausweitung bieten kein besonderes Problem, soweit diese Kreditausweitung gleichzeitig mit einer entsprechenden Abwertung der Währung dieses Landes verbunden ist. Anders liegen jedoch die Dinge bei einer Ausweitung des Kreditvolumens, die unter Beibehaltung der Währungsparität durchgeführt wird. Hier erhebt sich die Frage, ob durch die Kreditausweitung Preissteigerungstendenzen ausgelöst werden, welche die Preisbewegung der Volkswirtschaft, in welcher die Kreditausweitung erfolgt, aus der weltwirtschaftlichen Preisdynamik aussondert, so daß hier Sonderbewegungen entstehen. Das gleiche Problem erhebt sich bei der dritten Gruppe von Ankurbelungsmaßnahmen: die Wirtschaftsankurbelung durch öffentliche Arbeitsbeschaffung. Denn soweit es sich hier um „echte" Arbeitsbeschaffung handelt, muß sie stets mit einer Ausweitung des Geld- und Kreditvolumens verbunden sein. Zwar gibt es eine ganze Anzahl von sogenannten „Arbeitsbeschaffungsprogrammen", bei denen keinerlei Ausweitung des Zahlungsmittelvolumens notwendig ist. Doch bei allen diesen Maßnahmen handelt es sich um keine wirklich über die vorhandene Arbeitskapazität hinausgehende (zusätzliche) Arbeitsbeschaffung, sondern nur um eine Neuverteilung der vorhandenen Arbeit. So ist z. B. die Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen durch Arbeitszeitverkürzung oder die Wiedereinstellung von männlichen Arbeitskräften unter Einschränkung der Frauenarbeit keine „zusätzliche" Arbeitsbeschaffung, sondern lediglich eine Neuverteilung, die weniger eine wirtschaftspolitische als eine sozialpolitische Maßnahme darstellt und erst in ihren Sekundärwirkungen für den Ablauf des Wirtschaftsprozesses von Bedeutung wird.

„Echte" Arbeitsbeschaffung, durch die die vorhandene volkswirtschaftliche Kapazität ausgeweitet wird, ist nur mit der Bereitstellung von zusätzlichen Geldmitteln möglich [74]). Erfolgt die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung durch eine innere Anleihe, so werden durch diese Anleihe entweder bisher unausgenutzte Kreditreserven mobilisiert und

---

[73]) Z. B. hat Frankreich erst im Herbst 1934 beschlossen, ein größeres Arbeitsbeschaffungsprogramm in Angriff zu nehmen.

[74]) Vgl. Hanno Stern, „Arbeitsbeschaffung". Die Wirtschaftskurve Jahrg. 1932 Nr. 1, Frankfurt a. M. 1932.

auf diese Weise das effektive Geld- und Kreditvolumen ausgeweitet, oder es werden durch die Anleihe bereits effektive Geld- und Kreditmittel ihrem bisherigen Verwendungszweck entzogen. Dann würden aber infolge der Entziehung die Umlaufsmittel von ihren bisherigen Zwecken an anderen Stellen der Volkswirtschaft Produktionseinschränkungen notwendig werden, so daß statt einer Arbeitsbeschaffung lediglich eine Arbeitsverlagerung erreicht wird. Wenn die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung durch Auslandsanleihen vorgenommen wird, tritt gleichfalls in dem Land, das diesen Schritt vornimmt, eine Erweiterung des Zahlungsmittelvolumens auf. Das Problem wird lediglich durch die weiteren außenwirtschaftlichen Wirkungen dieser Maßnahme modifiziert werden.

Die entscheidende Frage ist also, inwieweit durch die Ausweitung des Geld- und Kreditvolumens innerhalb einer Volkswirtschaft — mag sie nun mit einer öffentlichen Arbeitsbeschaffungsaktion verbunden sein oder nicht — Sonderbewegungen hervorgerufen werden, welche die weltwirtschaftliche Preisdynamik und damit ein bestimmendes Moment der weltwirtschaftlichen Wechselwirkungen beeinträchtigen. Diese Frage soll im folgenden Abschnitt näher untersucht werden. Dabei soll als wichtigerer und in seinen Auswirkungen schwerer zu übersehender Fall die Ausweitung des Geld- und Kreditvolumens, die mit einer öffentlichen Arbeitsbeschaffung verbunden ist, der Untersuchung zugrunde gelegt werden [75]).

2. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und ihre Wirkungen auf die Preisentwicklung

a) Die quantitative Bedeutung der Ankurbelungsaktionen

Um konkrete Anhaltspunkte für die Beurteilung der Ankurbelungsaktionen und ihre quantitative Bedeutung zu gewinnen, werden im folgenden einige — etwas willkürlich ausgewählte — statistische Angaben über die Höhe der Ausgaben für größere Projekte in Deutsch-

[75]) Zur vollständigen Klärung der Frage nach der Wirkung binnenwirtschaftlicher Belebungsmaßnahmen auf den internationalen Konjunkturzusammenhang und die Wechselwirkungen zwischen Konjunkturlage und Außenhandelstätigkeit müßten auch die verschiedenen Maßnahmen überprüft werden, welche von den einzelnen Staaten eingeleitet wurden, um den Einwirkungen des zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehrs entgegenzuwirken, und im Einklang mit der Ausweitung ihrer binnenwirtschaftlichen Produktion auch eine Steigerung ihrer Außenhandelstätigkeit zu erreichen. Vgl. hierzu Hjalmar Schacht, „Die Notwendigkeiten der deutschen Außenwirtschaft". Erklärung des mit der Führung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministeriums beauftragten Reichsbankpräsidenten Dr. Hjalmar Schacht auf dem Presseabend der Leipziger Herbstmesse, Berlin 1934.

land, Italien und den Vereinigten Staaten, den drei Ländern, in denen die staatlichen Belebungsmaßnahmen den größten Umfang haben, als Beispiele angeführt.

In Deutschland wurden von der „Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten“ (Oefa), über die bekanntlich ein großer Teil der Arbeitsbeschaffungsprogramme finanziert wird, bis zum Ende des Geschäftsjahres 1933/34 (31. März 1934) folgende Darlehen bewilligt:

Maßnahme	Papen-Programm Mill. RM	Sofort-Programm Mill. RM	Reinhardt-Programm Mill. RM	Insgesamt Mill. RM
Reichsmaßnahmen	48,6	178,3	93,7	318,6
Straßenbauten ohne Brücken . .	98,3	104,4	47,1	249,8
Brückenbauten	9,0	17,4	17,9	44,3
Kommunale Versorgungsbetriebe	5,9	56,6	115,7	178,2
Instandsetzungs- u. Ergänzungsarbeiten an öffentlichen Gebäuden u. Brücken u. sonstigen Hochbauten	—	0,3	168,0	168,3
Verkehrsunternehmungen . . .	12,1	15,6	29,0	56,7
Sonstige Tiefbauten (Talsperren, Hafenbauten, Flußregulierungen u. a.)	18,4	10,7	21,2	50,3
Sonstige	—	—	40,0	40,0
Insgesamt	190,3	383,3	532,6	1106,2

In Italien sind im Jahre XI der faschistischen Zeitrechnung (vom 28. Oktober 1932 bis 27. Oktober 1933) allein für Bauarbeiten 2,3 Milliarden Lire an Staatsanleihe aufgewandt worden [76]).

Einen Überblick über die Aufwendungen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in den Vereinigten Staaten gibt der folgende Ausgabenplan für 1933—1935 der drei großen staatlichen Arbeitsbeschaffung-Organisationen, der "Public Works Administration" (Puwa), der "Civil Works Administration" (Civa) und "Tennessee Valley Authority" [77]).

Aufgabengebiet	Ausgegeben bis Ende 1933 1000 $	Geplant 1934 1000 $	Insgesamt 1935 1000 $
Puwa	302 419	1 677 190	1 089 883
Ciwa	152 352	341 705	65 190
Tennessee Valley . .	1 413	19 000	31 000

[76]) Vgl. „System und Umfang der Arbeitsbeschaffung in den Vereinigten Staaten. — Die Arbeitsbeschaffung als Teil des Rooseveltschen Gesamtprogramms“. „Eildienst für Außenhandel und Auslandswirtschaft“ Nr. 23 vom 27. Januar 1934.

[77]) Vgl. „Die Arbeitsbeschaffung in Italien“. Eildienst für Außenhandel und Auslandswirtschaft“ Nr. 25 vom 30. Januar 1934.

In anderen Ländern erreichen die Aufwendungen für Arbeitsbeschaffung und andere Belebungsmaßnahmen nicht das Ausmaß wie in den genannten Ländern. Doch von sämtlichen Staaten, auch von Großbritannien und der Schweiz — um die beiden Länder zu nennen, in denen man dem Grundsatz nach einer direkten Einflußnahme auf die Konjunkturentwicklung ablehnend gegenübersteht —, sind in der einen oder anderen Weise, z. B. als Subventionen, namhafte Beträge vom Staat zur Überwindung der Krise bereitgestellt worden.

Welche Bedeutung den staatlichen Aufwendungen zur Überwindung der Krise im einzelnen größenordnungsmäßig zuzuschreiben ist, kann bei dem gegenwärtigen Stand der Tatsachenforschung — selbst für die Länder, für die uns die besten statistischen Unterlagen zur Verfügung stehen — kaum richtig abgeschätzt werden. Immerhin lassen sich einige Feststellungen machen, die uns die Folgen, die von solchen Aufwendungen ausgehen, nach mancher Richtung einigermaßen abschätzen lassen.

Zunächst wird man versuchen müssen, festzustellen, in welchem Verhältnis die Aufwendungen Bargeld und Kreditgeld erfordern. Ferner wird vielfach von den bereitgestellten Mitteln ein Teil vom offenen Kapitalmarkt und den Privatbanken bereitgestellt, so daß nur ein Restbetrag als „Kreditausweitung" anzusprechen ist. Weiterhin fließt ein Teilbetrag der vom Staat bereitgestellten Mittel wieder als Steuern und Abgaben an die Staatskasse zurück.

Je nachdem in welcher Form die Bereitstellung der Mittel erfolgt, wird sich auch die Auswirkung der Ankurbelungsaktion gestalten. Auf jeden Fall wird aber — solange keine Ausgleichsmaßnahmen, wie z. B. Lohnherabsetzungen, durchgeführt werden — jede Aufwendung relativ großer Beträge dazu führen, daß auch der Bargeldumlauf im Verhältnis zum Umfange, den er ohne die Inangriffnahme dieser Maßnahmen aufweisen würde, eine gewisse Erhöhung erfährt. Denn mit der Durchführung größerer Arbeitsbeschaffungsprogramme oder anderer Ankurbelungsaktionen muß sich auch die Lohnsumme erhöhen und bei gleichbleibenden Kassengewohnheiten zu einer Steigerung des Bargeldbedarfs führen.

b) Die Preissteigerungstendenzen

Nun braucht dieser Bargeldbedarf nicht zugleich zu einer Beanspruchung der Zentralnotenbanken in voller Höhe des betreffenden Betrages führen. Zunächst können die Banken die — wie z. B. in Deutschland — für die Zwischenfinanzierung ausgegebenen Wechsel diskontieren und den Bargeldbedarf aus ihren Beständen befriedigen. Die Höhe dieser Diskontierung durch die Banken wird sich nach der jeweiligen Liquiditätslage richten. Eine Beanspruchung der Zentralnotenbank kann in dem Umfang unterbleiben, in dem die Banken den Eingang der Wechsel zu einer Herabsetzung ihrer Bargeldreserven be-

nutzen, was leicht eintreten kann, wenn die vom Staate oder anderen öffentlichen Körperschaften begebenen Schuldtitel leicht realisierbar, etwa rediskontfähige Wechsel sind und so eine erstklassige Liquiditätsreserve darstellen. Aber auch dies würde bedeuten, daß die im Umlauf befindliche Notenmenge erhöht wird.

In Ländern, in denen keine große Liquidität des Geldmarktes besteht, wird sich daher die Menge des umlaufenden Geldes steigern. Allerdings tritt die Belastung nicht sogleich in vollem Umfange ein, sondern erst in monatlichen Teilbeträgen, so daß im Verlauf der Zeit ein Teil der von den Wiederbeschäftigten ausgegebenen Beträge wieder über die Banken seinen Weg zur Zentralnotenbank zurückfindet. Ob und in welchem Umfange dies zutrifft, hängt davon ab, wieweit diejenigen, in deren Besitz das zusätzliche Geld gelangt, gewillt und in der Lage sind, ihre Schulden, die sie bei den Banken bzw. Zentralbank haben, zurückzuzahlen. Soweit dies geschieht, vermindert sich natürlich die Beanspruchung der Zentralbank. Das gleiche ist auch der Fall, wenn sich inzwischen infolge der sekundären Auswirkungen der Arbeitsbeschaffungsaktion eine stärkere wirtschaftliche Belebung und eine Liquidierung der eingefrorenen Schulden durchsetzt.

Das gesamte zusätzliche Geld (das Giralgeld sowohl wie das Stückgeld) entfaltet nach seiner Entstehung eine erhöhte Nachfrage, die aber nicht zugleich zu einer entsprechenden Preissteigerung zu führen braucht, weil sie zunächst durch die Liquidierung von Warenvorräten — wenigstens in einem gewissen Umfange — aufgefangen werden kann.

Dieses Auffangen der Preissteigerungstendenz ist aber keineswegs nur als etwas Günstiges zu betrachten. Soweit wirklich noch übermäßige Bestände vorhanden sind, bedeutet ihre Liquidierung volkswirtschaftlich nur, daß Güterbestände, die bisher tot dalagen, jetzt in Anlagen eingebaut werden, die z u n ä c h s t keinen oder doch nur einen ganz geringen Ertrag abwerfen. Landauer [78]) vertrat sogar die Ansicht, durch eine derartige Aktion würde nichts anderes erreicht werden, als „daß Eisen und anderes Material, das bisher bei Hütten oder Händlern lagert, in Eisenbahnlinien, Gebäude u. dgl. eingebaut wird, ohne daß es im Augenblick volkswirtschaftlich notwendig wäre, während doch das stärkste Interesse daran besteht, daß möglichst viel von diesem Eisen oder sonstigem Material ins Ausland abgestoßen wird". Er beurteilt diese Maßnahme als „Illiquidisierung des liquidesten Teiles unseres Volksvermögens, der Warenvorräte". Solche Ausführungen gehen jedoch in ihrer Kritik zu weit, da sie nicht berücksichtigen, daß einerseits die Ausfuhr dieser Güter kaum möglich ist, andererseits mit ihnen doch auch Werte geschaffen werden, die, wenn auch nicht sogleich, so doch später der Gesamtwirtschaft zugute kommen. Auch die Auswirkungen der Kredit-

---

[78]) Vgl. Carl Landauer, "Ankurbelung oder Inflation". Der Deutsche Volkswirt Nr. 51 vom 16. Okt. 1931.

expansion werden dadurch wahrscheinlich nicht sehr wesentlich modifiziert, wenn man von den Zeitdifferenzen, denen aber keine große Bedeutung zukommen dürfte, absieht. Denn die neugeschaffene Kaufkraft ist ja nach diesen Umständen keineswegs stillgelegt. Sie befindet sich jetzt in den Händen der Händler oder Produzenten, die in verschiedener Weise von ihr Gebrauch machen können:

1. entweder verwenden sie sie zur Verstärkung ihrer Kassenbestände; — dies würde die Stillegung der neugeschaffenen Kaufkraft bedeuten;
2. oder sie gebrauchen sie zur Wiederauffüllung ihrer Läger — steigern also jetzt ihrerseits die Nachfrage und führen damit die zunächst aufgehaltene Preissteigerungstendenz herbei;
3. oder sie zahlen schließlich mit diesem Geld ihre Bankschulden zurück.

Die dritte Verwendungsart würde die Bargeldbestände der Banken vermehren. Diese können die Verbesserung ihrer Liquidität entweder als ein zwar sehr begrüßenswertes Ereignis hinnehmen, ohne sich jedoch dadurch zu einer erhöhten geschäftlichen Aktivität angereizt zu fühlen, — oder aber sie können auf dieser vergrößerten Bargeldbasis (auch der Eingang von Wechseln könnte schon in völlig gleicher Weise als eine Liquiditätsverbesserung angesehen werden) einen Kreditüberbau in entsprechend gesteigerten Proportionen aufbauen, der nun seinerseits eine noch erhöhte Preissteigerungstendenz auslösen müßte. Schließlich können die Banken das Bargeld auch zur Rückzahlung ihrer Kredite bei der Zentralbank benutzen. Bei der Zentralbank könnte das Geld nun entweder stillgelegt oder aber zur Grundlage einer erhöhten Aktivität benutzt werden. Die Preissteigerungstendenz würde keinerlei Abänderung erfahren, wenn gleichzeitig innerhalb der Volkswirtschaft Ersparnisse gebildet werden, da ja das ersparte Geld wieder ausgeglichen wird. Nur eine allgemeine sehr starke Tendenz zum Horten könnte hier eine Kompensation bilden, für deren Entstehung aber in diesem Zusammenhang keine Gründe angeführt werden können.

Aus diesen Ausführungen ergibt sich, daß *für den Ablauf der Kreditausweitungsaktion und ihre Auswirkung verschiedene, einander entgegengesetzte Möglichkeiten bestehen*. Auf der einen Seite lassen sich einige Momente dafür anführen, daß die neugeschaffene Kaufkraft *nicht in ihrem vollen Umfange auf das Preisniveau einwirken wird*, während andererseits auch die Möglichkeit gegeben ist, daß *sogar eine überproportionale Preissteigerungstendenz* ausgelöst wird. Eine Voraussage darüber, welche dieser Möglichkeiten eintreten wird, ist unmöglich, da hier sehr vieles von den psychologischen „Fernwirkungen" der Ankurbelungsaktionen und anderen irrationalen Momenten abhängt.

c) Die sekundären Auswirkungen der Kreditexpansion

In welchem Verhältnis die gesteigerte Geldmenge auf das Preisniveau einwirken wird, läßt sich für kein Land exakt voraussagen. Jedenfalls müßte unter sonst gleichbleibenden Verhältnissen in Ländern, die ein umfangreiches Ankurbelungsprogramm zur Durchführung bringen, während seine Kreditmärkte nicht sehr liquide sind, die Preissteigerung ein äußerst gefährliches Ausmaß nehmen. Die Kreditausweitung läßt sich deshalb hier mit einer verantwortungsbewußten Währungspolitik nur dann vereinbaren, wenn sichere Aussichten dafür bestehen, daß die sekundären Auswirkungen der Arbeitsbeschaffungsaktion, eine allgemeine Belebung der Wirtschaft herbeiführen.

Die Beantwortung der Frage, ob die Kreditausweitung eine Steigerung der Produktion bewirkt, welche die durch sie hervorgerufene Preissteigerungstendenz voll ausgleicht, ist sehr einfach für einen strengen Kaufkrafttheoretiker, der meint, „Verbrauchssteigerungen wirken produktiv und tragen damit in sich selbst die Mittel zu ihrer Befriedigung“ [79]). Es ist nun hier nicht der Ort, eine Analyse und Kritik der Kaufkrafttheorie zu geben, die zum mindesten in dieser Form — wie sie früher vor allem von den marxistischen Gewerkschaftlern vertreten wurde — durchaus verfehlt ist.

Es bleibt zu untersuchen, ob die jeweilige Situation so gelagert ist, daß eine Kreditexpansion nicht gefährlich, sondern sogar wirtschaftsbelebend wirkt. Um nicht allzu weit auf rein konjunkturtheoretische Erörterungen eingehen zu müssen, sollen im folgenden nur einige wenige der wichtigsten Argumente berücksichtigt werden, in denen wirklich entscheidende Momente für oder gegen die Kreditexpansion vorgebracht werden.

Zunächst muß festgestellt werden, ob gegenwärtig überhaupt in den einzelnen Ländern die realen Grundlagen dafür bestanden und noch bestehen, daß die Produktion in kürzester Zeit — ehe die von der Geldvermehrung ausgehende Preissteigerungstendenz sich stärker durchsetzen kann — so weit gesteigert werden kann, daß entsprechend der neugeschaffenen Geldmenge mehr Güter auf den Markt gelangen. Die brachliegenden Arbeitskräfte, die unausgenutzte Kapazität der industriellen Betriebe, die Vorräte an Roh- und Hilfsstoffen scheinen eine völlig klare und selbstverständliche Antwort auf diese Fragen zu geben. Durch Zusammenschweißung dieser brachliegenden Produktionsfaktoren zu einem funktionierenden Ganzen müsse es gelingen, einen neuen in sich geschlossenen Ring von Erzeugung und Verbrauch zu bilden. Doch mit einer

---

[79]) Fritz Tarnow, „Warum arm sein?“ Berlin 1929.

solchen Betrachtung, die sich auf die technische Möglichkeit der Zusammenfassung von Kapital und Arbeit stützt und von den wirtschaftlich notwendigen Preisrelationen absieht, ist noch keine befriedigende Lösung aufgezeigt.

Die Situation würde sich einfach gestalten, wenn entweder die wiedereingestellten Arbeiter mit den für ihre Beschäftigung bereitgestellten Zahlungsmitteln — wie es abstrakt theoretisch denkbar ist — eben die von ihnen produzierten Güter selbst kaufen würden, oder die Arbeitsbeschaffungsaktion sich nicht auf die Erstellung von Kapitalgütern, sondern auf die Produktion von Fertigwaren erstrecken würde. Im ersten Falle bietet die theoretische Erklärung keinerlei Schwierigkeiten. Im zweiten Falle müßten noch, um ein sicheres Urteil bilden zu können, die Konkurrenzverhältnisse, für die zusätzlich auf den Markt (auf dem schon Absatzstockung herrscht!) gelangenden Güter und die hieraus resultierenden Folgeerscheinungen näher analysiert werden.

Man kann vielleicht — mit einer Formulierung, die von jedem konjunkturtheoretischen Standpunkt aus anerkannt wird — ganz einfach sagen: Ein wirtschaftlicher Aufstieg ist nur dann möglich, wenn die Ursachen, die zu Krisen und Depression geführt haben, behoben sind und die flüssigen Mittel, die jede Steigerung der wirtschaftlichen Tätigkeit erfordert, zur Verfügung stehen oder doch in kürzester Zeit bereitgestellt werden können. Solange diese objektiven Voraussetzungen nicht erfüllt sind, kann allein durch eine Kreditexpansion kein dauernder Aufstieg herbeigeführt werden. Sie kann vielleicht als ein einmaliger Anstoß gewisse Belebungserscheinungen hervorrufen; aber die erhoffte „Initialzündung" muß erfolglos verpuffen, wenn nicht bereits latent vorhandene Auftriebskräfte ausgelöst werden.

Da der Ablauf des konjunkturellen Abschwungs der letzten Jahre viele Besonderheiten aufwies, ist die gegenwärtige Situation der einzelnen Volkswirtschaften sehr schwer zu beurteilen. Während im Verlaufe einer „normalen" Depression zugleich mit der Wiederanpassung der Kreislaufrelationen Kapital freigesetzt wird und zur Wiederherstellung und Steigerung der Liquidität führt, ist diese Entwicklung in den meisten Schuldnerländern, darunter vor allem in Deutschland, durch die ausländischen Kreditabziehungen durchbrochen worden. So bestand schon seit längerer Zeit ein relativ großer Kreditbedarf und entsprechend hohe Zinssätze, die der konjunkturellen Phase gar nicht entsprachen.

Die in jeder Depression zu beobachtende Kapitalverflüssigung setzte sich natürlich auch in den letzten Jahren durch, und selbst die außergewöhnlich hohen Substanzverluste verhinderten nicht, daß Kapital freigesetzt wurde und die liquiden Mittel sich vermehrten. Aber die Kreditabziehungen waren in vielen Ländern zu stark, als daß eine hinreichende Verflüssigung der Kreditmärkte eintreten konnte. Damit fehlte eine der wichtigsten Voraussetzungen für einen schnellen konjunkturellen Aufschwung.

Sicherlich können durch Zuhilfenahme von Reserven und eine bessere Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten Ausgleichsmöglichkeiten geschaffen werden. Es läßt sich aber nur von Fall zu Fall entscheiden, ob sie ausreichend sind, um eine wirtschaftliche Belebung von einem solchen Ausmaß tragen und die durch die Kreditexpansion ausgelösten Preissteigerungstendenzen auffangen zu können.

Für Deutschland wurde bereits seit dem Jahre 1931 die wirtschaftliche Situation dahin beurteilt, daß die Bereinigung der Krise hinreichend weit fortgeschritten war und daß es sich nur noch um eine reine „Deflationskrise" handele. Da die Krise also rein von der Geldseite her bedingt war, konnte sie durch entsprechende monetäre Maßnahmen — also durch Erweiterung des Geldvolumens — behoben werden. Diese währungspolitische Aktion mußte um so notwendiger erscheinen, als die Depression sich immer mehr verstärkte und durch Sinken der Kapazitätsausnutzung in der Industrie der Schrumpfungsprozeß ständig weitergetrieben wurde.

Eine knappe und geschlossene Darstellung dieses Prozesses gibt Hans Neißer in dem Aufsatz „Ankurbelung oder Inflation?". Neißer geht davon aus, daß der in der Krise durch die Freisetzung von Arbeitern entstehende „Kaufkraftausfall einen Kaufkraftausfall für die gesamte Volkswirtschaft bedeutet"; denn er wird nicht durch den Zuwachs, den die Unternehmer- und Kapitalistenschichten infolge der Lohnersparnis erzielen, kompensiert. „Das hier akkumulierte Geldkapital findet keine rentablen Anlagen mehr in dem Augenblick, in dem der Absatz an Konsumgütern stockt, auf die doch auch die Produktionsmittelsphäre als unmittelbarem Abnehmer angewiesen ist." Dies führt zu einer immer stärkeren „Selbstverschärfung" der Depression, da sich jetzt auch das Geldvolumen vermindert. Denn die Unternehmer werden jetzt, weil ihnen rentable Anlagemöglichkeiten fehlen, ihre Mittel entweder zur Rückzahlung der Bankkredite verwenden oder als Sparguthaben anlegen, so daß Kaufkraft in großem Umfange stillgelegt wird. „Schneeballartig verstärkt sich dieser Prozeß ... Die Stillegungen in der Produktionsmittelsphäre verschlechtern sofort die Lage in der Konsumgüterindustrie, Arbeiterentlassungen hier verschlechtern den eigenen Absatz, die Gewinne sinken auf der ganzen Linie ... Auch Lohnsenkungen sind dann ganz nutzlos ..., denn die Lohnersparnisse werden eben zum größten Teil nicht verausgabt, sondern zu Kreditrückzahlungen oder zur Errichtung von Sparguthaben verwendet." So treibt in einem verhängnisvollen Zirkel die „Selbstdeflation" immer weiter. — Während vor dem Kriege dieser Schrumpfungsprozeß auf einem bestimmten Niveau durch die festen Einkommen der Rentnerschichten und der Landwirtschaft aufgehalten wurde, dürfte „heute ... die untere Grenze des Vermögensverzehrs" dort liegen, „wo bereits Schichten zum Vermögensverzehr gezwungen werden". Es besteht aber keine Notwendigkeit, den Tiefpunkt dieses Prozesses abzuwarten. Durch eine Kreditexpansion

oder mindestens durch eine Verhinderung einer weiteren Kontraktion kann dieser Zirkel der Selbstdeflation durchbrochen werden.

Damit die Kreditexpansion das gewünschte Ziel erreicht und in ihrem Erfolg nicht gefährdet wird, müssen bestimmte Bedingungen erfüllt sein. Vor allem muß die infolge der Geldvermehrung in Angriff genommene Produktion sich innerhalb der vorhandenen Kapazität halten; denn jede Neuinvestition vermindert dadurch, daß die Menge der auf den Markt kommenden Güter eingeschränkt wird, die Ausgleichsmöglichkeiten.

Eine unerläßliche Voraussetzung für den Erfolg der Arbeitsbeschaffungsaktion ist ferner, daß sie keine ins Gewicht fallende Mehreinfuhr hervorruft, denn dadurch würde sich eine Gefährdung der Valuta ergeben.

Es lassen sich noch eine ganze Reihe von Umständen angeben, die im Verlaufe der Aktion einer Preissteigerung entgegenwirken können. Vor allem hofft man, mit einer besseren Kapazitätsausnutzung in der Industrie eine Kostendepression zu erreichen, die möglicherweise gar die Preissteigerungstendenz überkompensieren soll. Würden die Steigerungstendenzen sich trotz allem als stärker erweisen, so glaubt man ihnen durch Kontrollmaßnahmen, Preisbeobachtung und Regulierung, schärfere Handhabung der Kartell- und Zollpolitik u. a. m. begegnen zu können.

Die Aussichten für das Auftreten einer Kostendegression sind im Einzelfalle — wie nicht verkannt werden darf — recht problematisch. Die übliche Einteilung der Kosten in fixe und variable (progressive, proportionale und degressive) ist letzten Endes eine rein theoretische Unterscheidung, die zwar für die Praxis auch gute Dienste leisten kann und für die Durchdringung gewisser Tatbestände sehr brauchbar ist. Aber dies entspricht nur in den allerseltensten Fällen realen Tatbeständen. Hierüber schreibt Peiser [80]): „Sieht man sich die einzelnen Arten der Gemeinkosten an ... stets findet man, daß die einzelnen Kostenarten ihren eigenen, durch die Verhältnisse des Unternehmens bedingten, oft recht eigenartigen Weg gehen. Wenn man dann diesen Weg, verglichen mit dem Beschäftigungsgrad, in Kurvenform aufträgt, so zeigen diese Kurven einen im höchsten Grade wechselnden Verlauf, der jeder Einteilung nach festen, proportionalen, degressiven oder progressiven Kosten spottet."

Noch komplizierter gestalten sich die Verhältnisse dadurch, daß auch die zwischenbetrieblichen und — um es einmal kurz so zu nennen — die gesamtwirtschaftlichen Kosten (wie z. B. die steuerliche und soziale Belastung) für die Betriebe, sowie für die Volkswirtschaft in Rechnung ge-

---

[80]) Vgl. Herbert Peiser, „Der Einfluß des Beschäftigungsgrades auf die industrielle Kostenentwicklung". Betriebswirtschaftliche Zeitschrift Heft 7, Berlin 1924.

stellt werden müssen. So sicher man bei einzelnen Kostenarten eine Degression erwarten kann, ebenso sicher werden andere eine Progression aufweisen; während bei den meisten durch die Fülle der Faktoren, die die Kostengestaltung beeinflussen, der wahrscheinliche Verlauf auch nicht einmal annähernd richtig vorausgesagt werden kann. Man kann auch nicht vorhersehen, in welche Wirtschaftszweige die neugeschaffene Kaufkraft eindringen wird, was man schon zum mindesten wissen müßte, um wenigstens einen rohen Überschlag über das wahrscheinliche Ergebnis anstellen zu können.

Es gibt verschiedene Industriezweige, bei denen man wohl mit einiger Sicherheit behaupten kann, daß steigende Kapazitätsausnutzung zu einer Senkung der Stückkosten führt, während bei anderen ein solch eindeutiger Schluß nicht gezogen werden kann. Die Gründe hierfür liegen im einzelnen ganz verschieden. In der Gegenwart bestehen überdies noch eine Reihe von Ursachen, die die Abschätzung noch weit schwieriger machen, als es schon in „normalen" Zeiten der Fall war. Jedenfalls ist es in diesem Punkte so gut wie unmöglich, ein einheitliches Urteil für ganze Volkswirtschaften abzugeben. In den meisten Fällen erscheint es allerdings als wahrscheinlich, daß die Betriebe und Wirtschaftszweige, bei denen Degressionsmöglichkeiten bestehen, innerhalb der Gesamtwirtschaft überwiegen. Aber es ist nicht zahlenmäßig abzuschätzen, um wieviel die Degression die Progression übersteigen wird.

Nun ist die Frage der Kostendegression nicht von entscheidender Bedeutung. Immerhin würde, wenn sie die auf sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt, ein wichtiges Moment fortfallen, das geeignet gewesen ist, einen Ausgleich für andere Preissteigerungstendenzen zu bieten.

Von den verschiedenen Kontroll- und Regulierungsmaßnahmen kann nicht vorausgesetzt werden, welchen Erfolg sie innerhalb der einzelnen Volkswirtschaften haben. Da es sich bei ihnen in der Hauptsache um staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsleben handelt, wird ihr Erfolg vor allem von der Stellung und Stärke der Regierung abhängen, die die Arbeitsbeschaffungsaktion durchführt.

Schluß

Das Ergebnis der Untersuchung

Die wichtigsten Feststellungen, die im Rahmen der Untersuchung aufgezeigt werden konnten und die zur Verdeutlichung des Ergebnisses nochmals in ganz knapper Form wiedergegeben werden sollen, sind folgende:

I. Die Diskrepanz zwischen der Entwicklung des Welthandels und der Produktionstätigkeit in der Welt ist wesentlich geringer, als vielfach angenommen wird.

II. Eine entgegengesetzte Entwicklung der binnenwirtschaftlichen Konjunkturlage und der Außenhandelstätigkeit hat sich nur in k u r z e n Zeiträumen gezeigt. Im allgemeinen besteht auch gegenwärtig eine enge wechselseitige Beziehung zwischen der Entwicklung des Binnenmarktes und dem Außenhandel. Allerdings ist diese Beziehung für eine größere Anzahl von Ländern im Vergleich zur Zeit vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise wahrscheinlich etwas gelockert. Allein in Deutschland hat sich eine Binnenmarktskonjunktur bei gleichzeitigem Stillstand der Außenhandelstätigkeit gezeigt. Doch auch hier hat sich bisher noch keine entgegengesetzte Entwicklung von Inlandskonjunktur und Außenhandel für längere Zeit beobachten lassen.

III. Dagegen zeigt sich seit der Mitte des Jahres 1932 eine unterschiedliche Konjunkturentwicklung in verschiedenen Ländern und Ländergruppen.

IV. Als Ursache hierfür lassen sich der Zusammenbruch des internationalen Kreditsystems, sowie die Auswirkungen der Währungsmanipulierungen und der mengenmäßigen Einfuhrkontrollen feststellen, die zumeist mit binnenwirtschaftlichen Regulierungsmaßnahmen verbunden sind und dazu geführt haben, daß der internationale Preisausgleich für verschiedene Waren und Warengruppen in größeren Wirtschaftsgebieten nicht mehr funktioniert.

V. Ob diese Entwicklung nur eine vorübergehende Erscheinung darstellt oder von Dauer sein wird, läßt sich gegenwärtig noch nicht übersehen, da verschiedene Tendenzen einander entgegenwirken und die Entscheidung letzten Endes von außerwirtschaftlichen Faktoren abhängt.

VI. Die Maßnahmen, die von den einzelnen Staaten zur Belebung des Binnenmarktes eingeleitet sind, können zur Lockerung des internationalen Konjunkturzusammenhanges beigetragen. Doch die Auswirkungen der konjunkturpolitischen Maßnahmen sind, je nach der besonderen Situation und der Wirtschaftsstruktur der einzelnen Länder, durchaus verschieden.

VII. Eine der am stärksten wirksamen konjunkturpolitischen Maßnahmen stellt die Vermehrung der Umlaufsmittel dar. Doch auch die Auswirkungen einer Ausweitung des Geld- und Kreditvolumens ist von den verschiedensten anderen Umständen abhängig, so daß es sich nicht allgemein, sondern stets nur für bestimmte Situationen und Wirtschaftsgebiete feststellen läßt, ob durch eine solche Maßnahme Wirkungen ausgelöst werden, die den internationalen Konjunkturzusammenhang lockern und konjunkturelle Sonderbewegungen zur Folge haben.

Literatur

Baumgarten, Hans
Offene Fragen der Devisenwirtschaft.
Der Deutsche Volkswirt Nr. 51, 21. 9. 1934.

v. Borsig, Ernst
Reagrarisierung Deutschlands? Eine Untersuchung über ihre Möglichkeiten und Grenzen, Jena 1934.

Bosenick, Alfred
Außenhandel und Außenhandelsforderung.
Rhein-Mainische Wirtschaftszeitung Nr. 6, März 1934.

Brech, John
Der neue Merkantilismus.
Wirtschaftsdienst Heft 26, 29. 6. 1934.

Butler, N. M.
Between two worlds. New York 1934.

Clausing, Gustav
Die wirtschaftlichen Wechsellagen von 1919 bis 1932. Jena 1933.

Der deutsche Außenhandel unter der Einwirkung weltwirtschaftlicher Strukturwandlungen.
Bearbeitet und herausgegeben vom Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel, Berlin 1932.

Devisenpraxis im Ausfuhrgeschäft.
Sonderarbeiten zur Förderung des deutschen Außenhandels vollkommen neu bearbeitet nach dem Stande vom 1. 1. 1934, herausgegeben von der Reichsstelle für Außenhandel, Berlin 1934.

Drews, Max
Passiver Außenhandel Deutschlands.
Wirtschaftsdienst Nr. 32, 10. 8. 1934.

Einzig, Paul
International Gold movements, London 1930.
The fight for financial Supremacy, London 1931.

Festschrift für Arthur Spiethoff.
„Der Stand und die nächste Zukunft der Konjunkturforschung", München 1933.

Gerloff, Wilhelm

Autarkie als wirtschaftliches Problem. In „Autarkie?“, 5 Vorträge von Carl Brand, Walter Eucken, Wilhelm Gerloff, Carl Lange, Rudolf Löb. Berlin 1932.

Gestrich, Hans

Geldpolitik und Weltwirtschaft. Berlin 1934.

Greiff, Walter

Der Methodenwandel in der europäischen Handelspolitik während des Krisenjahres 1931. Berlin 1932.
Die neuen Methoden der Handelspolitik. Berlin 1934.

Groß, Herbert

Ausgangspunkte, Formen und Wirkungen der Devisenzwangswirtschaft.
ArchSozWissSozPol. Bd. 69, Tübingen 1933.

Grüning, F.

Neue Gedanken zur Währungsfrage.
Die Deutsche Volkswirtschaft — Nationalsozialistischer Wirtschaftsdienst Nr. 20, 2. Juliheft 1934.
Goldwährungsländer und Devalvationsländer im Kampf um den Weltmarkt.
Wirtschaftsdienst Nr. 34, 24. 8. 1934.

Habeler, Gottfried

Der internationale Handel. Theorie der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge, sowie Darstellung und Analyse der Außenhandelspolitik. Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaften. Berlin 1932.

Haefner, Kurt

Die Politik mengenmäßiger Einfuhrregulierung.
Weltwirtschaftliches Archiv 1934.

Harms, Bernhard

Strukturwandlungen der Weltwirtschaft.
Weltwirtschaftliches Archiv Bd. 25 Heft 1, Januar 1927.

Hermann, Kurt, A.

Devalvation als konjunkturpolitisches Experiment.
Bank-Archiv Nr. 13, 1. 4. 1934.

Jaerisch, Gerhard

Wirtschaftsplanung und Arbeitsschlacht. Breslau 1934.

Kondratieff, P. N.

Die langen Wellen der Konjunktur.
ArchSozWissSozPol. Bd. 56, Heidelberg 1926.
Die Preisdynamik der industriellen und landwirtschaftlichen Waren — zum Problem der relativen Dynamik und Konjunktur.
ArchSozWissSozPol. Bd. 60/I, Heidelberg 1928.

Kuznets, Simon
Der Trend. Leipzig 1930.

Landauer, Carl
Ankurbelung oder Inflation.
Der Deutsche Volkswirt Nr. 51, 16. 10. 1931.

Lange, Carl
Autarkie und handelspolitische Technik. In „Autarkie?" Berlin 1932.

Lewinsohn, Richard
Geschichte der Krise. Leipzig und Wien 1934.

Mitchell, W. C.
Der Konjunkturzyklus. Leipzig 1932.

Mitchell, W. C. und Thorps, W. L.
Business Anuales.
National Bureau of Economical Resorce, New York 1927.

Nonnenbruch
Weltwirtschaft und deutscher Sozialismus.
Völkischer Beobachter Nr. 272, 29. 9. 1934.

Pantaleoni, N.
La crise del 1905—1907.
Anali di Economica Bd. 1 Heft 2, Mailand 1925.

Peiser, Herbert
Der Einfluß des Beschäftigungsgrades auf die industrielle Kostenentwicklung.
Betriebswirtschaftliche Zeitschrift Heft 7, Berlin 1924.

Respondek, Erwin
Grundzüge europäischer Handelspolitik zwischen den Weltkonferenzen. Berlin 1933.

Rühl, Alfred H.
Zur Frage der internationalen Arbeitsteilung. Eine statische Studie auf Grund der Einfuhr der Vereinigten Staaten.
Vierteljahreshefte für Konjunkturforschung, Sonderheft 25.

Schacht, Hjalmar
Die Notwendigkeiten der Deutschen Außenwirtschaft, Erklärung des mit der Führung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministers beauftragten Reichsbankpräsidenten Dr. Hjalmar Schacht auf dem Presseabend der Leipziger Herbstmesse, Berlin 1934.

Schüller, Richard
Zur Theorie der Handelspolitik. Wien 1928.

Société des Nations.
Aperçu Général du Commerce Mondial 1933. Genf 1934.

Soudek, Josef
Krisenerfahrung mit der Golddevisenwährung.
Die Wirtschaftskurve 11. Jahrg. Heft 1, 1932.

Spiethoff, Arthur
Krisen.
HWStaatsW. Jena 1926.

Stern, Hanna
Arbeitsbeschaffung.
Die Wirtschaftskurve Jahrg. 1932 Nr. 1. Frankfurt a. M. 1932.

Tarnow, Fritz
Warum arm sein? Berlin 1929.

Wagemann
Struktur und Rhythmus der Weltwirtschaft. Berlin 1931.

Wirtschaftliches Sofortprogramm der NSDAP., herausgearbeitet von der Hauptleitung IV Wirtschaft der Reichsorganisationsleitung der NSDAP., München 1932.

Zeitungen und Zeitschriften.

Anali di Economica.
Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik.
Bank-Archiv.
Betriebswirtschaftliche Zeitschrift.
Der deutsche Volkswirt.
Deutsche Zukunft.
Die deutsche Volkswirtschaft.
Die Wirtschaftskurve.
The Economist.
Eildienst für Außenhandel und Auslandswirtschaft.
Bulletin Mensuel de Statistiqué, Société des nations.
Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung.
Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reiches.
Völkischer Beobachter.
Weltwirtschaftliches Archiv.
Wirtschaftsdienst.
Wirtschaft und Statistik.
Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung.

Lebenslauf

Am 19. Oktober 1908 wurde ich als Sohn des Gerichtsvollziehers Karl Pentzlin in Schwetz a. W. geboren. Von Ostern bis August 1919 besuchte ich das Gymnasium zu Schwetz, dann das Gymnasium zu Neubrandenburg, an dem ich zu Ostern 1929 das Abiturium („mit Auszeichnung") bestand. Nach einer halbjährigen Tätigkeit als kaufmännischer Eleve studierte ich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, und zwar vom Wintersemester 1929/30 bis zum Wintersemester 1930/31 in Frankfurt a. M., im Sommersemester 1931 in Kiel und darauf wieder bis zum Wintersemester 1932/33 in Frankfurt a. M. Am 22. November 1933 bestand ich an der Frankfurter Universität die volkswirtschaftliche Diplomprüfung (mit dem Prädikat „gut").

Nach einer Studienreise im Auslande (Frankreich und Schweiz) arbeitete ich zunächst als freier Journalist, bis ich am 1. November 1933 als Redaktionsassistent für die Korrespondenz „Industrie und Handel" — später „Eildienst für Außenhandel und Auslandswirtschaft" — von der „Deutscher Wirtschaftsdienst G.m.b.H." angestellt wurde. Nach der Überleitung der Angestellten dieser G.m.b.H. auf das Reichswirtschaftsministerium (Reichsstelle für den Außenhandel) blieb ich bis zum Januar 1935 bei der Reichsstelle für den Außenhandel, und zwar zuletzt als Sachbearbeiter (Redakteur). Während dieser Zeit besuchte ich im Wintersemester 1933/34 und im Sommersemester 1934 die Berliner Universität als Gasthörer.

Im Januar 1935 ging ich dann als Berichterstatter des „Eildienst für Außenhandel und Auslandswirtschaft" nach Danzig und wurde im September 1935 als Berichterstatter für Dänemark nach Kopenhagen versetzt.